28. Jahrgang. Freitag, 12. Februar. Abend-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 15693. Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. 1886.

Telegramme der Danziger Ztg.

Paris, 12. Februar. (W. T.) **Kammer.** Zur Interpellation Basly erklärte gestern im Fortgang der Sitzung der Ministerpräsident Freycinet, die Regierung werde sich die Achtung und die Freiheit Aller angelegen sein lassen, aber auch gegenüber allen Androhungen von Ruhestörungen die Ordnung aufrecht erhalten. Die Kammer nahm darauf mit 301 gegen 118 Stimmen die von der Regierung acceptirte Tagesordnung an, welche besagt, die Kammer billige die Erklärungen der Regierung und vertraue auf deren Sorge für die Interessen der Arbeiter und auf ihre Energie zum Schutze der Sicherheit aller Bürger. Die Kammer vertagte sich darauf bis nächsten Montag.

Berlin, 12. Febr. (Privattelegramm.) Dem „Berl. Tagebl." wird aus London von gestern gemeldet: Abgeordnete sämmtlicher Londoner Arbeitervereine beschlossen einen Protest gegen die von den Arbeitern verabscheuten Schandthaten des Pöbels und forderten die Regierung auf, die Führer des Pöbels zu verhaften und anklagen zu lassen. Von reactionären Gesetzen ist keine Rede.

— Die gestrige Rede des Finanzministers v. Scholz wird dahin gedeutet, daß Herr v. Scholz zurücktritt, wenn Fürst Bismarck die bisherige Währungspolitik ändert.

Die neuen Polenvorlagen.

Der gestern schon telegraphisch erwähnte Gesetzentwurf betr. die Anstellung und das Dienstverhältniß der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen im Gebiete der Provinzen Westpreußen und Posen und des Regierungsbezirkes Oppeln lautet wörtlich:

§ 1. **Die Anstellung der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen gebührt dem Staate allein.**

Alle hinsichtlich des Ernennungs-, Berufungs-, Wahl- und Vorschlagsrechtes bei Besetzung von Lehrer- und Lehrerinnenstellen an Volksschulen entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben.

§ 2. Gegen Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen kann die in § 16 Ziffer 1 des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten ꝛc., vom 21. Juli 1852 (Gesetzsammlung S. 465) bestimmte Disciplinarstrafe verhängt werden.

§ 3. Der Staat übernimmt rücksichtlich der Unterhaltung der Volksschulen auf dem Lande diejenige Verpflichtung, welche durch die Vorschrift des § 33 Theil 12 Titel II. des Allgemeinen Landrechts den Gutsherrschaften auf dem Lande gegenüber ihren damaligen Unterthanen auferlegt wurde.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Die **Begründung** lautet:

Zu § 1. In denjenigen Bezirken, welche überwiegend oder zum Theil von einer polnisch redenden Bevölkerung bewohnt werden, hat es sich, sowohl um einen erfolgreichen Unterrichtsbetrieb zu sichern, als auch um die Lehrer vor unberechtigten Einflüssen zu schützen, als nothwendig herausgestellt, die Beziehung der Lehrer an den öffentlichen Volksschulen zum Staate enger zu knüpfen. Gegenwärtig erfolgt die Ausübung des Lehrerberufungsrechts von Privatpersonen und Gemeinden, welche dem Einfluß der polnischen Partei zugänglich sind, meist nach nationalpolitischen Rücksichten, und es übt die Erkenntniß, daß dies geschieht, eine ungünstige Rückwirkung auf die politische Haltung und die amtliche Thätigkeit der Lehrer, zumal, wenn sie von dieser Seite eine Förderung im Amt erwarten. Auf die im Amte befindlichen Lehrer wird ein starker Druck von der polnischen Partei und aus den zu ihr stehenden Gemeinden heraus in der Richtung geübt, daß sie den deutschen Unterricht vernachlässigen oder nur mechanisch betreiben. In solchen Fällen, oder wo dem Lehrer das erforderliche Geschick fehlt, um die Schwierigkeiten, welche sein gegenwärtiges Amt bietet, zu überwinden, läßt sich die, zwar schon gegenwärtig gemäß Artikel 87 Ziffer 1 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 (Gesetzsamml. S. 465) zulässige Versetzung in ein anderes Amt nicht zur Ausführung bringen, weil für das letztere Dritten ein Berufungsrecht zusteht. Die ganz besonderen Schwierigkeiten, welchen der Staat in unterrichtlicher Beziehung in den zweisprachigen Bezirken zu begegnen hat, wie auch die vorstehend hervorgehobenen Uebelstände lassen es geboten erscheinen, dem Staate die Befugniß zu geben, über die Anstellung der Lehrer und ihre etwaige anderweite Verwendung, unbehindert durch ein Berufungsrecht Dritter, lediglich nach den unterrichtlichen Bedürfnissen zu befinden. Die Ueberzeugung, daß dies geschieht, wird zugleich die Lehrer gegen die von polnischer Seite geübten Beeinflussungen unabhängig stellen und das Gefühl, daß sie preußische Staatsbeamte sind, in ihnen stärken.

Zu § 2. Nach der Vorschrift in dem Zusatze zu § 16 Ziffer 1 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 (Gesetzsamml. S. 465) findet die daselbst bestimmte Disciplinarstrafe der Entfernung aus dem Amte durch Versetzung in ein anderes Amt mit Verminderung des Diensteinkommens und Verlust des Anspruches auf Umzugskosten oder mit einem von beiden Nachtheilen nur auf Beamte in unmittelbarem Staatsdienste Anwendung. Es ist deshalb, da die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen nicht als unmittelbare, sondern als nur mittelbare Staatsdiener gelten, die Strafversetzung derselben wegen Dienstvergehen nach damaliger Lage der Gesetzgebung für ausgeschlossen erachtet worden. Erhält jetzt in denjenigen Gebietstheilen, auf welche der Gesetzentwurf sich erstreckt, der staatliche Charakter des Volksschulamtes und die principielle Gleichstellung der Volksschullehrer in ihrem Dienstverhältniß mit den unmittelbaren Staatsbeamten dadurch einen bestimmten Ausdruck, daß gemäß § 1 das Lehrer-Anstellungsrecht für den Staat allein in Anspruch genommen wird, so erscheint es angemessen, gleichzeitig in diesen Gebietstheilen die Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen auch in Ansehung der Anwendbarkeit der Strafversetzung den unmittelbaren Staatsbeamten gleichzustellen. Es liegt dies zugleich im eigenen Interesse der Lehrer. Denn wo die Zulässigkeit der Strafversetzung fehlt, bleibt gegen einen Lehrer, welcher sich eines Dienstvergehens schuldig gemacht hat, das mit einer bloßen Ordnungsstrafe nicht gesühnt werden kann, sondern die Entfernung aus dem Amt unerläßlich macht, gegenwärtig nichts übrig als die Verhängung der Strafe der Dienstentlassung gemäß § 16 Ziffer 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1852.

Zu § 3. Zu denjenigen landrechtlichen Vorschriften auf dem Gebiet des Volksschulwesens, welche theils in ihrer rechtlichen Giltigkeit bestritten sind oder als ungerecht und drückend empfunden werden, gehört vorzugsweise der § 33 A. L.-R. II. 12, welcher bestimmt:

„Gutsherrschaften auf dem Lande sind verpflichtet, ihre Unterthanen, welche zur Aufbringung ihres schuldigen Beitrags ganz oder zum Theil auf eine Zeit lang unvermögend sind, dabei nach Nothdurft zu unterstützen."

Diese Vorschrift ist von Alters her eine Quelle der Unzufriedenheit und vielfachen Streites gewesen. Im Ministerialerlaß vom 8. Mai 1830 ist der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die gedachte Bestimmung mit der durch das Edict vom 9. Oktober 1807 erfolgten Aufhebung der Erbunterthänigkeit weggefallen sei. Seit dem Jahre 1837 aber ist die entgegengesetzte Ansicht in der Verwaltung zur Herrschaft gelangt und bisher auch durch Urtheile von Verwaltungsgerichten, so wie von ordentlichen Gerichten aufrecht erhalten worden. Gleichwohl dauern die erheblichen Bedenken, sowohl in Betreff der rechtlichen Begründung, als auch der praktischen Ausführung dieses Verfahrens, unvermindert fort, und es erscheint deshalb die Beseitigung des § 33 a. a. O. auch schon bei der sich jetzt darbietenden gesetzgeberischen Gelegenheit geboten. Für diejenigen vom vorliegenden Entwurf betroffenen Landestheile, für welche der § 33 a. a. O. sich noch in Geltung befindet, also für die Provinz Posen und den Regierungsbezirk Oppeln, soweit in demselben nicht das katholische Schulreglement von 1801 gilt, kommt weiter in Betracht, daß die rücksichtlich der Unterhaltung der Volksschulen auf dem Lande der Gutsherrschaft des Schulortes durch die Vorschrift des § 33 a. a. O. auferlegte besondere subsidiarische Verpflichtung gegenüber ihren damaligen Unterthanen sich vornehmlich als Correlat des Lehrerberufungsrechts darstellt, welches durch die Vorschrift des § 22 a. a. O. dem Gutsherrn des Schulortes zugestanden worden ist. Es wird deshalb für billig zu erachten sein, die Gutsherrschaften des Schulortes bei Entziehung ihres bisherigen Lehrerberufungsrechts zugleich von der aus der Vorschrift des § 33 hergeleiteten Verpflichtung zu befreien. Die hierdurch entstehenden Lasten sind aber mit Rücksicht auf den rechtlichen Ursprung derselben, wie auf die Höhe der Schullasten nicht den anderweitigen Schulunterhaltungspflichtigen aufzulegen, sondern auf die Staatskasse zu übernehmen. Vom Standpunkte der Finanzverwaltung stehen Bedenken nicht entgegen, zumal das Object, um welches es sich hierbei handelt, ein verhältnißmäßig nicht bedeutendes ist. Die Summe, welche aus Anlaß des § 3 des Entwurfes die Staatskasse zu übernehmen haben würde, beläuft sich für die vorgedachten Landestheile nach einer schätzungsweisen Berechnung auf Grund von Erhebungen, welche im Jahre 1884 stattgefunden haben, auf etwa 52 000 M. bis höchstens 60 000 M.

Ein fernerer, gleichfalls schon gestern telegraphisch dem Inhalte nach mitgetheilter Entwurf handelt von den **Schulversäumnissen** und lautet:

§ 1. Der § 4 der Schulordnung für die Elementarschulen der Provinz Preußen vom 11. Dezember 1845 und die Lit. a. des § 39 des Schulreglements vom 18. Mai 1801 für die niederen katholischen Schulen in den Städten und auf dem platten Lande von Schlesien und der Grafschaft Glatz werden aufgehoben. An ihre Stelle tritt der § 48 des Allgemeinen Landrechts Theil II. Titel 12.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1886 in Kraft, unbeschadet des Rechtes der zuständigen Behörden, schon vor diesem Termin Polizeiverordnungen zur Bestrafung der Schulversäumnisse, mit verbindlicher Kraft vom 1. April 1886 ab, zu erlassen.

In der Begründung wird gesagt, die Erfahrung habe gezeigt, daß durch diese Vorschriften, namentlich in den Kreisen mit polnisch sprechender Bevölkerung, welche besonders geneigt ist, ihre Kinder der Schule zu entziehen, ein regelmäßiger Schulbesuch nicht gewährleistet oder zu erzielen sei.

Die Geringfügigkeit der im § 4 der Schulordnung vom 11. Dezember 1845 vorgesehenen Strafe und die Umständlichkeit des der Bestrafung vorhergehenden Verfahrens machten die gesetzliche Vorschrift zu einem großen Theile unwirksam. Im Gebiete des Schulreglements vom 18. Mai 1801 aber behindere die Bestimmung, nach welcher Schulversäumnisse, die nicht eine ganze Woche andauern, straflos bleiben, den regelmäßigen Unterrichtsbetrieb und die Unterrichtserfolge in weitgehendem Maße. Es empfehle sich deshalb, diese Vorschriften durch den § 48 A. L. R. II, 12 zu ersetzen und dadurch den Erlaß von Polizeiverordnungen zu ermöglichen, welche den gegenwärtigen Verhältnissen, aber auch den besonderen Bedürfnissen der einzelnen Bezirke Rechnung tragen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 12. Februar.

Die neuen „Polenvorlagen".

Dem Abgeordnetenhause sind also zwei neue „Polenvorlagen" zugegangen. Wortlaut und „Begründung" theilen wir an vorderer Stelle mit. Nach der einen soll allen Privaten und allen Gemeinden in den Provinzen Westpreußen, Posen und dem Regierungsbezirk Oppeln das Recht der Berufung von Lehrern an Volksschulen entzogen werden, und zwar lediglich deshalb, weil es in diesen Landestheilen Private und Gemeinden giebt, die dem Einfluß der polnischen Partei zugänglich sind. Weil hie und da das Berufungsrecht zu nationalpolnischen Zwecken mißbraucht wird, sollen ganz oder überwiegend deutsche Städte, wie Danzig, Elbing, Posen, Bromberg dieses Rechtes entkleidet werden. Weil ferner einzelne Lehrer in diesen Landestheilen sich zu Vorkämpfern der Polonisirung machen, sollen sämmtliche Lehrer und Lehrerinnen der Strafversetzung ausgesetzt werden, welche selbstverständlich auch aus anderen rein politischen oder arbiträren Gründen verfügt werden könnte. Der Versuch, nebenbei die Gutsherrschaften von ihrer Pflicht zur Unterhaltung der Volksschulen zu entbinden, hat einen vorwiegend agrarischen Charakter. Der zweite Entwurf soll die in der Provinz Preußen, Schlesien und der Grafschaft Glatz in Kraft stehende Vorschrift aufheben, wonach eine Regelung der Bestrafung der Schulversäumnisse nur auf provinzialgesetzlichem Wege erfolgen kann, also einer Regelung dieser Verhältnisse durch Provinzialverordnungen den Weg ebnen.

Angesichts dieser Vorlagen erinnert man sich, bemerkt dazu die „Lib. Corr.", unwillkürlich der neuerlichen Auseinandersetzung der freiconservativen „Post", daß das preußische Staatsministerium zu einer Durcharbeitung gesetzgeberischer Vorlagen gar nicht im Stande sei und daß zu diesem Zwecke die Errichtung des Staatsraths unentbehrlich gewesen sei. Es ist zweifellos, daß, wenn die „Polengesetze", welche in den letzten Tagen an das Abgeordnetenhaus gelangt sind, den Staatsrath hätten passiren müssen, selbst diese Körperschaft von einer so überhasteten, unreifen Gesetzgebung abgerathen haben würde. Die Art und Weise, wie jetzt die Gesetzentwürfe gegen die Polonisirung „aus dem Aermel geschüttelt" werden, ähnelt durchaus der in den ersten Jahren des Culturkampfs beliebten Methode, wo z. B. der Gesetzentwurf wegen Abänderung der Artikel 15 und 18 der preußischen Verfassung auf Betreiben des Reichskanzlers binnen 24 Stunden im Staatsministerium vorgeschlagen, berathen, beschlossen und im Abgeordnetenhause eingebracht wurde.

Erst drei von den angekündigten sieben „Polenvorlagen" sind nun erschienen. Was werden erst die übrigen vier bringen, wenn es in diesem Ton weitergeht?

Herr v. Scholz und die Bimetallisten.

Eine so scharfe Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der gouvernementalen Partei und der Regierung, wie sie gestern im Reichstage stattfand, ist lange nicht dagewesen. Der Zusammenstoß zwischen Herrn v. Kardorff, dem Führer der geschlagenen Bimetallisten, und dem Finanzminister v. Scholz blieb an Heftigkeit kaum hinter denjenigen Rededuellen zurück, die über andere Dinge in den letzten Wochen zwischen dem Bundesrathstische und der Linken ausgefochten wurden. Hr. v. Scholz erklärte bei Eröffnung der Sitzung, er ergreife nur das Wort, um zu verhüten, daß nach Annahme der Resolution Huene in der bimetallistischen Presse darüber triumphirt werde, daß er, der Minister, wohl im Abgeordnetenhause einige unbedachte Worte fallen lassen, aber nicht den Muth gehabt habe, im Reichstage, der doch in der Währungsfrage allein competent sei, seine Erklärung gegen den Bimetallismus zu wiederholen. Beachtung verdient die Aeußerung des Finanzministers, daß der Gedanke, aus dem Finanzministerium auszuscheiden, ihn nicht schrecke, er habe schon oft daran gedacht, sein Amt niederzulegen. Im Reichstage wurde sowohl das rückhaltlose Eintreten des Ministers v. Scholz für die Goldwährung als diese Anspielung auf Demissionsneigungen dahin interpretirt, daß der Finanzminister es vorziehen würde, wegen Differenzen mit dem Reichskanzler über die Währungsfrage als wegen Scheiterns des Branntweinmonopolprojects sein Amt niederzulegen.

Das Socialistengesetz als dauernde Institution.

Der Gesetzentwurf wegen Verlängerung des am 30. September d. J. ablaufenden Socialistengesetzes bis zum 30. September 1891, also auf 5 Jahre, ist, wie telegraphisch gemeldet, nunmehr an den Reichstag gelangt, aber zur Enttäuschung derjenigen, welche aus der verzögerten Einbringung den Schluß gezogen haben, die Reichsregierung werde der Vorlage eine andere als die dem Antrag an den Bundesrath beigegebene, ganz ungenügende Motivirung zu Theil werden lassen, ist der Wortlaut der Begründung fast identisch mit dem schon seit Wochen bekannten und von uns damals veröffentlichten, so daß wir es uns füglich ersparen können, die jetzige Motivirung und die inhaltslosen Redewendungen, aus denen sie zumeist besteht, hier noch einmal wiederzugeben. Die aus den Denkschriften über die Anwendung des § 28 des Gesetzes bekannte Beweisführung, daß das Gesetz einerseits von erfreulicher Wirkung gewesen ist, indem es der Ausbreitung der socialdemokratischen Bewegung Grenzen gesetzt, daß es aber andererseits noch nicht zu entbehren ist, weil die Wirkung keine vollkommene ist, findet sich auch hier wieder. Halbwegs neu ist nur der Versuch, die Bedingungen zu präcisiren, unter denen die Aufhebung des Gesetzes nach der Ansicht der Regierung gerechtfertigt sein würde. Entweder, meint die Begründung, treten die revolutionären Tendenzen auch bei der Parteileitung in den Hintergrund oder die zur Zeit den socialdemokratischen Führern blindlings folgenden Massen gelangen zu der Einsicht, daß auf dem Wege der gewaltsamen Aenderung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung kein Heil für sie zu erwarten ist. Dann fährt die Begründung fort:

„Es wäre aber eine Illusion, zu glauben, daß dieser Zeitpunkt bereits gekommen oder auch nur in naher Aussicht ist."

Die Entwickelung, welche die Socialdemokratie unter der Herrschaft des Socialistengesetzes genommen hat, beweist, daß die gefährlichste aller Illusionen die ist, das Gesetz würde jemals eine andere Wirkung haben, als den socialdemokratischen Agitatoren die dankbare Rolle von Märtyrern für die Sache des Volks zu ermöglichen, während eine öffentliche Bekämpfung der social-demokratischen Irrlehren in der Presse und in Versammlungen, die allein die Masse des Volkes aufklären und belehren konnte, gerade durch das Ausnahmegesetz unmöglich gemacht wird. Entweder also muß man das Gesetz als eine dauernde Institution aufrecht erhalten oder dasselbe so bald als möglich außer Kraft setzen. Die verbündeten Regierungen erklären, daß sie ihrerseits die Verantwortung für die Aufhebung des Gesetzes nicht zu übernehmen vermögen. Der Reichstag würde — davon sind wir überzeugt — die Verantwortlichkeit für diesen Schritt mit weit überwiegender Majorität übernehmen, wenn die Regierungen sich entschließen könnten, die Frage rein sachlich zu discutiren, wozu heute weniger Aussicht ist, als je.

Immerhin ist es zweifellos, daß diejenigen, die für diese Regierungsvorlage eintreten, entschlossen sind, das Socialistengesetz zu einer dauernden Institution des Reichs zu erheben.

Baiern und das Monopol.

Gestern haben wir an dieser Stelle mitgetheilt, daß sich die bairische Abgeordnetenkammer am 10. Februar mit dem Ausschußantrage beschäftigte, der dahin ging, die verschiedenen Petitionen gegen das Branntweinmonopol der Regierung zur Würdigung und thunlichsten Berücksichtigung zu überweisen. Nachzutragen ist dazu noch das Referat des freisinnigen Abgeordneten Herz, das derselbe im Namen des Petitionsausschusses erstattete. Er betonte, daß, wenn die bairische Regierung auch nach Artikel 7 der Reichsverfassung der Abstimmung im Bundesrath sich zu enthalten habe, sie doch ihren Einfluß in die Wagschale legen müsse dafür, daß das Monopol nicht eingeführt werde; daß, wenn auch dasselbe das bairische Reservatrecht bezüglich des Malzaufschlages nicht gefährden sollte, so doch das constitutionelle Recht der Geldbewilligung des Reichstages geschmälert würde; daß die Geltendmachung der Bedenken der bairischen Volksvertretung zu spät käme, wenn abgewartet werden sollte, bis Bundesrath und Reichstag gesprochen haben. Zu Gunsten des Monopols habe sich im Ausschusse Niemand ausgesprochen. Zwei Mitglieder erklärten nur, daß sie sich nicht klar seien und daß man zuwarten solle mit der Stellungnahme. Alle übrigen Redner sprachen sich aus wirthschaftlichen, politischen und socialen Gründen gegen das Monopol aus.

Gestern wurde nun in der Kammer die Berathung über den Ausschußantrag fortgesetzt. Der nationalliberale Abg. Schauß befürwortete, die definitive Gestaltung des Monopolentwurfs durch den Bundesrath abzuwarten. Der Ertrag des Monopols ermögliche Erleichterungen für die Gemeinden. Frankenberger sprach für die Annahme des Ausschußantrages. Der Finanzminister erklärte, die von dem landwirthschaftlichen Generalcomité geltend gemachten Bedingungen würden erfüllt werden.

Der Antrag des Ausschusses wurde schließlich mit 90 gegen 45 Stimmen angenommen. Dies bedeutet die Verwerfung des Monopols durch die überwiegende Mehrheit der bairischen Kammer.

Das Ende des Landesverrathsprozesses Sarauw-Röttger.

Der vielbesprochene Landesverrathsprozeß gegen den dänischen Capitän Sarauw und den Journalisten Roettger vor dem Reichsgericht zu Leipzig hat gestern seinen Abschluß erreicht. Gestern wurde das Urtheil des Reichsgerichts verkündet. Dasselbe lautet gegen Sarauw auf 12 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Der Mitangeklagte Röttger ist freigesprochen.

In den Entscheidungsgründen zu dem Urtheil des Reichsgerichts im Prozesse gegen Sarauw heißt es: Es ist erwiesen, daß in Paris ein Bureau zur Erforschung militärischer Geheimnisse besteht, welches Verbindung mit dem französischen Kriegsministerium unterhält. In diesem Bureau waren Kraszewsky, Janssen und Sarauw mit der Auskundschaftung solcher Geheimnisse in Deutschland beauftragt. Sarauw empfing ein monatliches Gehalt von 5—6000 Frcs. aus einem secreten Fonds. Die Behauptung Sarauw's, daß er seine Mittheilungen nur nach Paris gesendet habe, damit sie im „Avenir militaire" veröffentlicht würden, ist völlig unglaubwürdig. Aus den Aussagen des Hauptzeugen geht klar hervor, daß Sarauw seit dem Jahre 1877 mit dem gedachten Bureau in steter Verbindung gestanden und in die Verhältnisse des Bureaus volle Einsicht gehabt hat. Ferner ergeben beglaubigte Abschriften aus dem vorgelegenen Tagebuch und andere Documente den Beweis von der Existenz des Bureaus und von der Verbindung Sarauw's mit demselben. Sarauw ist weiter die Verbindung mit dem verstorbenen Hauptmann Henisch, dessen Wittwe er fortlaufend Unterstützung gewährte, mit den Angeklagten Roettger und verschiedenen Militärs nachgewiesen. Die militärischen Geheimnisse, die Sarauw dem Pariser Bureau verrathen hat, sind:

Ein zum Angriff auf Sperrforts bestimmtes Sturmgeräth, Theile des Mobilmachungsplanes, Documente über Pulver, Resultate von Schießversuchen der Artillerie-Prüfungscommission, eine Monographie einer 21-Ctm.-Kanone, Pläne der Befestigungen von Kiel, Cuxhafen, Festungspläne von Kolberg, Swinemünde, Spandau, Mainz, die Skizze eines Repetirgewehrs, der Plan eines zu Schießversuchen bestimmten Forts auf dem Schießplatz bei Jüterbock, Mittheilungen über Festungsartillerie und Munitionscolonnen.

Sarauw ist schuldig des fortgesetzten Verbrechens des Landesverraths, indem er mit vollem Bewußtsein alle jene Dinge, die unbedingt geheim zu halten waren, zur Kenntniß der französischen Regierung gebracht hat. Der ganze Thatbestand des § 92 des Strafgesetzbuchs ist vorhanden. Der Gerichtshof hält auch für vollständig erwiesen, daß Sarauw seine verbrecherischen Handlungen in Deutschland begangen hat. Von mildernden Umständen könne, obgleich Sarauw Ausländer sei, keine Rede sein, einmal mit Rücksicht auf die große Gefährlichkeit seiner Handlungen und zum anderen, weil er ein förmliches System befolgt habe, um sich in das Vertrauen des deutschen Soldatenstandes einzuschleichen; deshalb mußte auf Zuchthaus mit Ehrverlust erkannt werden. Bezüglich des Strafmaßes wird betont, daß ein Landesverrath in größerem Umfange und stärker nicht gedacht werden könne, als ihn Sarauw begangen habe.

Röttger mußte freigesprochen werden, weil ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß die Mittheilungen, die er an Sarauw hat gelangen lassen, nicht schon vorher der französischen Regierung bekannt gewesen sind und weil insonderheit die Mittheilungen über Mainzer Festungswerke schon 1878 durch die Presse veröffentlicht worden sind.

Die Repetirgewehrfrage

ist bekanntlich insofern für ganz Europa von außerordentlicher Wichtigkeit, als es als Dogma gilt, daß, wenn erst eine Großmacht das Repetirgewehr einführt, alle anderen Militärstaaten nachfolgen müssen. Kürzlich hieß es nun von Oesterreich, daß es sich mit dem Plan der Umformung seines Infanteriegewehrs trage. Die Nachricht stellte sich jedoch als unzutreffend heraus. Bald nachher wurde dasselbe von Frankreich behauptet. Es wurde bereits gemeldet, daß die Regierung die Waffenfabrik zu St. Etienne angewiesen habe, sich zur Umwandelung der Grasgewehre in Repetirgewehre vorzubereiten. Einem Telegramm aus Paris vom 11. Februar zufolge ist jedoch auch diese Behauptung vollkommen unbegründet.

Die Arbeiterunruhen in England.

In London sind gestern keine neuen Unruhen vorgekommen. Alle Läden waren offen und die Geschäfte nahmen ihren gewöhnlichen Gang. Die von den Behörden getroffenen Vorsichtsmaßregeln bleiben bis auf Weiteres aufrechterhalten. Dagegen beginnt die Bewegung sich in die großen Provinzialstädte fortzupflanzen, wie nachstehendes Telegramm besagt.

London, 12. Febr. (W. T.) Gestern haben in verschiedenen Provinzialstädten Kundgebungen Arbeitsloser stattgefunden. In Leicester machte die Volksmenge einen Angriff auf mehrere Strumpfwaarenfabriken, welche wegen Strikes ihrer Arbeiter feiern. Die Fenster wurden zertrümmert und die Maschinen zerstört. Die Polizei stellte jedoch die Ruhe wieder her.

Ueber die Orientkrisis

liegen heute eine Anzahl Nachrichten günstigerer Art vor. Der „N. fr. Pr.“ und dem „Neuen Wiener Tagebl.“ wird aus Belgrad gemeldet, daß die Demobilisirung der serbischen Armee angeordnet worden sei. Die „N. fr. Pr.“ bemerkt allerdings dazu, daß diese Nachricht bisher officiell noch nicht bestätigt sei. Indessen zweifelt man nicht, daß die Bukarester Friedensverhandlungen bald zu einem befriedigenden Resultate führen werden, besonders nachdem ersichtlich geworden ist, daß die Forderung einer Kriegskostenentschädigung, die bulgarischerseits in Aussicht gestellt ist, keineswegs ein ernstes Hinderniß bilden wird.

Auf der anderen Seite benimmt sich Griechenland freilich noch immer höchst ungeberdig.

So wird neuerdings aus Athen gemeldet, daß die Veröffentlichung einer königlichen Verordnung bevorsteht, durch welche der Marineminister ermächtigt wird, die Flottenbesatzung bis auf 4500 Mann zu vermehren. Gerade der gestrige Tag hat aber auch einige kalte Wasserstrahlen gezeitigt, die nicht verfehlen werden, in Athen ihre Wirkung auszuüben, um so mehr, als sie von denjenigen Punkten kamen, von denen die Hellenen insgeheim bisher auf Hilfe gerechnet haben mögen. Der Pariser „Temps“ nämlich schreibt, daß der Ministerpräsident Freycinet bei dem vorgestrigen diplomatischen Empfange den griechischen Gesandten Delyannis energisch auf die Gefahren aufmerksam gemacht habe, denen sich Griechenland durch einen Angriff auf die Türkei aussetzen würde; und gleichzeitig erfährt die Londoner „Morning Post“, daß der englische Minister des Aeußern, Lord Roseberry, bei dem Empfange der Mitglieder des diplomatischen Corps erklärt habe, die Regierung sei entschlossen, an der auswärtigen Politik Lord Salisbury's festzuhalten.

Diese Winke unterliegen keiner Mißdeutung.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 11. Februar.

Am Ministertische Friedberg und Commissarien.

Zweite Lesung des Staatshaushalts, Etat der Justizverwaltung.

Bei Tit. 1 der Einnahmen (Kosten und Geldstrafen) bespricht

Abg. Korsch (cons.) den Umstand, daß der Ertrag auf 1 563 000 *M.* weniger als im Vorjahre veranschlagt ist. Redner hält eine weitere Reduction der Gerichtskosten für unmöglich, hingegen dürfte wohl einer Verminderung der Anwaltskosten Berücksichtigung finden können.

Abg. Knauer (cons.) ist im Gegensatz zum Vorredner der Meinung, daß der Gerichtskostentarif doch noch nicht auf dem wünschenswerth niedrigen Standpunkt angekommen sei. Die Herren von der anderen (linken) Seite, welche sich so gern als Vertreter des Volks zeigten, könnten im Reichstag, wo sie die Majorität hätten, in diesem Sinne ihre Kräfte verwerthen.

Eine längere Auseinandersetzung ruft die erste Position der dauernden Ausgaben (Gehalt des Ministers 36 000 *M.*) hervor.

Abg. Traeger (freis.): Alle Parteien sind gleichmäßig an der Aufrechterhaltung des Grundsatzes „Gleiches Recht für Alle“ betheiligt. Hr. v. Puttkamer hat es für Recht und Pflicht gehalten, die liberalen Elemente aus der Verwaltung zu eliminiren, und den Kampf gegen unsere Partei als Haupt- und Staatsangelegenheit bezeichnet; er hat früher mit der Erklärung nicht zurückgehalten, daß die treuen Anhänger des Regiments bei allen zu ertheilenden Wohlthaten berücksichtigt, die Anhänger der prinzipiellen Opposition dagegen grundsätzlich ausgeschlossen werden sollten. (Hört, hört! links.) Ist es diesem Umstande und der oft betonten Homogenität des Ministeriums gegenüber wunderbar, wenn man auch bei Ernennungen und Auszeichnungen im Justizressort die kritische Sonde anzulegen sucht? Ich will nicht anklagen, dazu fehlt mir das nöthige Material, noch weniger verdächtigen, dazu fehlt mir das Temperament, aber aufmerksam machen muß ich, und ich glaube, der Herr Justizminister wird weder verwundert sein, noch sich verletzt fühlen, wenn ich mir die Frage erlaube, ob er seinerseits von ähnlichen Anschauungen, wie Herr v. Puttkamer, ausgeht, oder diejenige Objectivität, welche von den Beamten seines Ressorts verlangt wird, beobachtet. (Sehr gut! links.) Es giebt Vorkommnisse, welche den Verdacht rechtfertigen, daß nicht überall mit gleichem Maße gemessen wird. Im § 416 haben wir eine der unglückseligsten Bestimmungen unserer Strafprozeßordnung, wonach die Staatsanwaltschaft bei Beleidigungen nur dann öffentliche Anklage erheben soll, wenn ein „öffentliches Interesse“ vorliegt. Es ist ja außerordentlich schwer, diesen Begriff in einer alle Fälle treffenden Form zu definiren, aber wir meinen, daß dann immer ein öffentliches Interesse vorliegt, wenn das Rechtsgefühl großer Kreise durch einen Fall gestört ist und ein Gefühl der Rechtsunsicherheit Platz zu greifen droht. Ein öffentliches Interesse mag meinetwegen bei jeder Beamtenbeleidigung vorliegen, dasselbe ist doch aber auch sicherlich vorhanden, wenn der Beamte der Beleidigende ist. (Sehr gut! links.) Das geschieht leider nicht. Wie steht es denn gegenüber Abgeordneten? Da liegt doch fast immer ein öffentliches Interesse vor, denn größere Kreise haben stets ein Interesse an einem solchen Mann. Ich glaube, ich kann constatiren, daß in der Regel conservative Abgeordnete, conservative Candidaten, sogar conservative Zeitungen, wenn sie sich beleidigt fühlen, im öffentlichen Interesse geschützt werden, während dies Leuten anderer Richtung nicht passirt. (Hört, hört! links, Widerspruch rechts.) Wir haben einen sehr bekannten conservativen Abgeordneten unter uns, welchem es gelungen ist, mit Hilfe der Staatsanwaltschaft eine Reihe von Gegnern, namentlich Zeitungen, zur Rechenschaft zu ziehen, aber es macht mich bedenklich, daß die Angegriffenen auf der anderen Seite gewöhnlich diesen Schutz nicht genießen. (Sehr wahr! links.) Der freisinnige Abgeordnete Lerche, der gleichzeitig Amtsgerichtsrath ist, mußte gegen den geistigen Leiter eines conservativen Organs Zeugniß ablegen. Da hatte der Schriftsteller nichts Eiligeres zu thun als die ungeheure Thatsache mitzutheilen, daß Hr. Lerche einen Meineid geleistet habe, die Untersuchung bereits eingeleitet sei und, wenn sie zu seinen Ungunsten ausfalle, den Verlust des Mandats zur Folge habe. Auf den in Folge dessen von Hrn. Lerche gestellten Strafantrag erklärte der Staatsanwalt, mangels öffentlichen Interesses eine Anklage nicht erheben zu können, die Ober-Staatsanwaltschaft trat dieser Entscheidung bei. Ich lege nicht Gewicht auf die Eigenschaft als Abgeordneter oder Beamter, die Hrn. Lerche beiwohnte, sondern auf die als Zeuge. Bei Beleidigung eines ehrenhaften Zeugen liegt stets ein öffentliches Interesse vor. Ich erkenne dankbar an, daß der Justizminister in diesem Falle die Staatsanwaltschaft angewiesen hat, Anklage zu erheben. Einige Wochen vorher hatte ein Fuhrknecht aus Nordhausen in einer Dorfschänke zu Bauern, welche das Wahlflugblatt des conservativen Candidaten vor sich hatten, gesagt, der Letztere sei ein Schmeichler, Heuchler und Lügner. Hier wurde sofort öffentliche Anklage erhoben. (Hört! hört! links.) Das sind unliebsame Vergleiche. Ich will noch einen anderen, so zu sagen harmlosen Fall, der viel Staub aufgewirbelt hat, zur Sprache bringen. Ein junger Mann, ein Student, bringt den Reizen einer jungen Verkäuferin eine etwas lebhafte Huldigung dar. (Heiterkeit.) Sie werden nicht erwarten, daß ich in sittliche Entrüstung ausbreche, so lange es Studenten und hübsche Verkäuferinnen geben wird, werden solche Dinge vorkommen. (Heiterkeit.) Der Inhaber des Geschäfts verbittet sich dies, und als er keinen Erfolg sieht, fallen in der Erregung Worte, welche schließlich zu einer Verurtheilung geführt haben, zu einer milden, wegen der allseitigen Erregung der Betheiligten. (Heiterkeit.) Kein Mensch hätte an diesen Vorfall gedacht, wenn nicht die Anklage hier im öffentlichen Interesse erhoben worden wäre. (Hört, hört! links.) Der Student ist der Sohn eines sehr hochgestellten Beamten und conservativen Abgeordneten. Da meine ich doch, daß deshalb kein öffentliches Interesse vorliegt, und daß nicht, wenn der hochgestellte Beamte selbst an Stelle seines Sohnes gewesen, ohne damit die Möglichkeit dessen anzudeuten. (Große Heiterkeit.) Meine Bitte an den Justizminister geht dahin, eine Mahnung dahin zu erlassen, daß die Herren Staatsanwalte in Zukunft nicht das öffentliche Interesse mit dem Parteiinteresse verwechseln. Ich meine, durch eine derartige Verfügung möchte sich der Justizminister den Dank des Landes und den Dank der Staatsanwalte erwerben. Es schweben augenblicklich Prozesse, welche ich nicht anstehe, für Tendenzprozesse der bedenklichsten Art zu erklären, jene Prozesse, welche die preußische Regierung gegen Abgeordnete der Fortschritts- und socialdemokratischen Partei auf Rückgabe der Parteidiäten angestrengt hat. Die Fortschrittspartei hat sich erst, nachdem der Reichstag sieben Mal mit immer steigender Majorität sich für die Einführung von Diäten entschieden, und nachdem von allen Seiten anerkannt war, daß die Diätenlosigkeit eine bedenkliche Beschränkung der Wahlberechtigung sei, zu diesem Auskunftsmittel entschlossen. Die Oeffentlichkeit hat man dabei gar nicht gescheut. Da wendete sich plötzlich der Reichskanzler im vorigen Jahre in voller Schärfe gegen den Diätenfonds, indem er sagte, wenn man einem bestimmten Abgeordneten den Empfang von Parteidiäten nachweisen könne, dann würde man die Situation [illegible] betrachten können. Solchen scharfen Worten pflegen Thaten zu folgen. Im Juni und August vorigen Jahres wurden die Anklagen zugestellt. Da nun verschiedene Regierungen zu gleicher Zeit auf dieselbe Idee gekommen (Hört! hört! links) und da die Klagen gewissermaßen formularmäßig geliefert zu sein scheinen, so komme ich auf die Vermuthung, daß der Hr. Justizminister seinen Beirath gewährt hat. Nun haben beide Gerichte aus denselben Gründen auf Freisprechung erkannt. Was geschieht? Kaum ist das Urtheil von Halle abgedruckt, da erscheint in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ ein durch Morgen- und Abendblatt hindurchgehender Artikel, welcher die Halle'sche Entscheidung in schärfster Weise kritisirt. (Hört! hört! links.) Am Schlusse der Ausführungen heißt es: „wir zweifeln nicht daran, daß auch in unserer Rechtsprechung diese Auffassung schließlich zum Ausdruck gelangt.“ (Hört! hört! links.) Eine derartige Kritik in schwebender Sache würde ich auch bei Blättern meiner Parteirichtung nicht billigen. Bei der „Nordd. Allgem. Ztg.“ ist die Sache aber noch eine ganz andere. (Hört! hört! links.) Ein Höherer spricht aus ihr. Ich weise jeden Verdacht gegen den Justizminister hier weit von mir, ich glaube sogar, ihm ist diese Behandlung seiner Richter äußerst unangenehm in seinem und der Richter Interesse (Sehr richtig! links), aber [illegible] (Hört, hört! links. Heiterkeit.) [illegible] Der Reichskanzler entdeckte auf einmal eine bedauerliche Lücke in der Reichsverfassung. Er hätte ja die Lücke nach der Annahme des Diätenantrags durch Gewährung von Diäten ausfüllen können, oder er hätte sie im Wege der Reichsgesetzgebung in seinem Sinne beseitigen können. Da er aber hierzu keine Majorität im Reichstage zu erwarten hat, versucht er [illegible] corrigirend in die Reichsgesetzgebung einzugreifen. Die Bestimmungen, auf welche die Klage fußt, existiren nur in Preußen, sie taumeln ohne jede Verbindung in dem Gesetzgebungssystem herum und sind seit langer Zeit gar nicht in Anwendung gekommen. Das wäre ein hübscher Zustand, wenn in Preußen kein Abgeordneter Partei-Diäten annehmen dürfte, wohl aber in jedem anderen Particularstaate. Auf den Ausfall der Prozesse lege ich keinen Werth, ich fürchte nur den Verlust des Ansehens der Rechtspflege in der öffentlichen Meinung. Durch diese Worte habe ich nur aufmerksam machen wollen, daß wir vor Allem darnach streben, daß Recht und Rechtspflege vollkommen unberührt bleiben. Alles Andere sollten diese Worte sein, nur nicht persönliche Angriffe gegen den auch von mir hochverehrten Herrn Justizminister. (Beifall links.)

Minister Friedberg: Der Vorredner hat sich über die Anwendung des § 416 beschwert. Wenn ich den Vorfall mit dem feurigen jungen Studenten und der Verkäuferin [illegible] zum Ausgangspunkt einer Verfügung nehmen wollte, so würde ich mit Recht ausgelacht werden. Durch Verfügungen läßt sich [illegible] des § 416 nicht entgegentreten. Wo eine Beschwerde in dieser Hinsicht an mich gelangt, treffe ich sofort, wenn es erforderlich, Abhilfe, wie in dem Fall des Herrn Lerche. [illegible] Darin aber stimme ich mit dem Vorredner durchaus überein, daß das öffentliche Interesse nicht verwechselt werden darf mit dem politischen oder Partei-Interesse. (Beifall links.) Was die sog. Diätenprozesse betrifft, so muß ich mich auf die Erklärung beschränken, daß ich als Justizminister über noch schwebende Civilprozesse, Prozesse, bei denen es sich um Mein und Dein handelt, eine Meinung nicht äußern darf. [illegible] (Beifall rechts.)

Abg. Munckel (freis.): Die Antwort des Ministers befriedigt mich nicht vollständig. Mein Freund Träger hat ausdrücklich gesagt, [illegible] Der Minister begiebt sich auf das angeblich gemeine und niedrige Niveau unserer Partei herunter und bildet sich dabei ein, über den Parteien zu stehen! (Heiterkeit!) Wir verlangen nicht, daß der Justizminister aus jenem Einzelfall heraus generelle Verfügungen erlasse. [illegible] (Beifall links.)

Minister Friedberg: Ich glaube, diese Erklärung schon abgegeben zu haben, dahin, daß das öffentliche nie mit dem politischen Interesse identificirt werden dürfe, und daß der Staatsanwalt die Frage, ob ein öffentliches Interesse vorliegt, unabhängig von der politischen Parteistellung prüfen und beantworten muß. Es ist mir vorgekommen, daß ein Theil der Angriffe, die ich jetzt als Justizminister habe erdulden müssen, eigentlich gar nicht an meine Adresse gerichtet war. (Zustimmung.) Ich will aber die Frage, welche Stellung ich gegen die sogenannten Diätenprozesse einnehme, ebenso präcis beantworten, wie sie gestellt war: ich nehme zu diesen Civilprozessen gar keine Stellung ein. Ich darf als Justizminister keine Stellung gegen solche Prozesse einnehmen. (Beif. rechts.)

Abg. Bödiker (Centr.) regt eine Aenderung des Regulativs über die Beschäftigung der Referendare an.

Minister Friedberg hält es nicht für angezeigt, jetzt bereits eine Aenderung des Regulativs eintreten zu lassen. Es müssen erst noch mehr Erfahrungen gesammelt werden, und die Oberlandesgerichte hätten sich durchweg gegen eine Aenderung des Regulativs ausgesprochen.

Abg. Wehr (freicons.) fragt an wegen der Beseitigung der ganz überflüssigen und nur kostspieligen gerichtlichen Haft, die der Corrigendenhaft vorangehe. Redner bemängelt ferner den Umstand, daß die Landgerichte vielfach in zu kleine Städte gelegt seien. Sodann wünscht er Auskunft darüber, ob in der That die Besetzung der richterlichen Stellen beim Oberlandesgericht zu Marienwerder die mehrfach behaupteten großen Schwierigkeiten mache.

Der Justizminister antwortet, daß über die erste Frage Verhandlungen schweben. Die letzte Frage verneint er.

Abg. v. Jazdzewski (Pole) führt Klage über zu große Strenge der Staatsanwaltschaft gegenüber der polnischen Presse.

Minister Frieberg erklärt diese Klage für unbegründet.

Persönlich bemerkt Abg. Achenbach (freicons.), daß der Fall mit dem Potsdamer Studenten (seinem Sohne) von der Presse ganz falsch berichtet worden sei. In der That sei ein harmloser Passant, allerdings der Sohn eines Ober-Präsidenten, ohne jeden Grund auf der Straße durch einen aus einem Laden stürzenden Geschäftsmann gröblich beleidigt worden. Es sei wohl begreiflich, daß die Staatsanwaltschaft es als im öffentlichen Interesse liegend erachte, Passanten auf der Straße vor Beleidigungen zu schützen.

Mit der Erledigung des Justizetats ist die Tagesordnung erschöpft. — Nächste Sitzung: Sonnabend.

Deutschland.

* **Berlin,** 11. Febr. Der Kaiser brachte die gestrigen Abendstunden im Arbeitszimmer zu und später fand dann bei den Majestäten eine kleinere Theegesellschaft statt. Am heutigen Vormittag nahm der Kaiser zunächst die regelmäßigen Vorträge entgegen, empfing den Besuch des Kronprinzen, welcher von den Beisetzungsfeierlichkeiten in Dessau zurückgekehrt war, und arbeitete in den Mittagstunden längere Zeit mit dem Kriegsminister und dem Chef des Militärcabinets. Am Nachmittage unternahm der Kaiser eine Spazierfahrt. Abends gedenkt der Kaiser das Ballfest bei den kronprinzlichen Herrschaften zu besuchen.

L. **Berlin,** 11. Februar. In Hannover hat am Dienstag der freisinnige Abg. Dr. Witte-Rostock in einer großen, von Mitgliedern der freisinnigen und erfreulicher Weise auch der nationalliberalen Partei berufenen Versammlung einen fast zweistündigen Vortrag gegen das Branntweinmonopol gehalten, der wiederholt durch Beifallsrufe, aber kein einziges Mal durch die sonst üblichen Störungen unterbrochen wurde. An der Versammlung nahm auch eine große Zahl von Mitgliedern der nationalliberalen Partei Theil. Am Schlusse seiner Rede wandte Hr. Dr. Witte sich an die Nationalliberalen mit der Erinnerung daran, daß ihre feindselige Haltung gegenüber den Freisinnigen bei der letzten Wahlbewegung ihnen nichts genützt, den Freisinnigen geschadet, vor allem aber die Sache der Reaction oder mit anderen Worten der Conservativen gefördert habe; darüber würden die Nationalliberalen jetzt wohl selbst nicht mehr im Zweifel sein. Hr. Dr. Witte schloß daran das Ersuchen an die Nationalliberalen, sich darüber klar zu werden, daß Deutschland sich den Luxus zweier liberalen, sich gegenseitig bekämpfenden Parteien nicht gestatten werde. Wie nothwendig eine entschieden liberale Partei sei, zeige sich gerade in diesem Augenblicke, wo es gelte so gefährliche Projecte, wie das des Branntweinmonopols zu bekämpfen. Der Redner kritisirte darauf die Stellung, welche die nationalliberale Partei diesem Projecte gegenüber bisher eingenommen habe, und ersuchte dieselbe, sich bei Zeiten ihrer großen liberalen Vergangenheit zu erinnern. Die Versammlung nahm darauf einstimmig eine Resolution **gegen das Branntweinmonopol in jeder Form** an.

* **[Prinz Wilhelm]** gedenkt morgen (Freitag) Abend, einer Einladung des Fürsten Radziwill entsprechend, sich von hier auf dessen Besitzungen nach Rußland, in der Nähe von Warschau, zu begeben, woselbst der Fürst in den nächsten Tagen großartige Jagden veranstaltet. Zugleich mit dem Prinzen Wilhelm reist auch Fürst Radziwill von hier nach Warschau ab. Die Rückkehr des Prinzen dürfte etwa am 23. oder 24. d. Mts. erfolgen.

* **[Gegen das Monopol]** sind in der Zeit vom 2. bis 8. Februar nicht weniger als 1086 Petitionen im Bureau des Reichstags neu eingegangen, dazu kommen noch 118 Petitionen, welche nach Ablehnung des Monopols den Branntwein event. mit einer mäßigen Steuererhöhung belegen wollen, und 23 Petitionen, welche vorab eine Vernehmung aller Betheiligten verlangen. **Für** das Branntweinmonopol sind **drei** Petitionen eingelaufen, vom Seilermeister und Destillateur Theodor Karrenbach, Poststempel Orlamünde, dem Vorstande der landwirthschaftlichen Verine Stolp-Schlawe-Rummelsburg und Neidenburg.

Nordhausen, 11. Febr. Der „Freis. Ztg.“ zufolge ist die Nachricht der „Halleschen Ztg.“ über die erfolgte Nichtbestätigung des zum Bürgermeister in Nordhausen gewählten Stadtraths Hahn unrichtig. Eine Entscheidung ist in der Bestätigungsfrage noch nicht getroffen.

Mainz, 10. Febr. Nächster Tage wird hier von freisinnigen Bürgern eine Volksversammlung abgehalten werden, um einen Protest gegen die von dem preußischen Abgeordnetenhaus in der Ausweisungsfrage gefaßten Beschlüsse zu erheben.

Weimar, 11. Februar. Der Landtag genehmigte die Regierungsvorlage betreffend den Bau einer Eisenbahn von Weimar über Rastenberg nach Großrudestedt. (W. T.)

Bonn, 11. Februar. Prinz Leopold hat die Krisis überstanden; die Krankheitserscheinungen der Lunge treten zurück.

Kassel, 11. Febr. Der frühere Stadtcommandant, Generallieutenant a. D. v. Colomb ist gestorben. Der Verstorbene hat sich auch als militärischer Schriftsteller namentlich durch seine Abhandlungen über die „polnischen Aufstände“ einen sehr geachteten Namen gemacht.

Frankreich.

Paris, 11. Februar. Deputirtenkammer. Basly (Socialist) interpellirt die Regierung wegen der Vorgänge in Decazeville, richtet dabei heftige Angriffe gegen die Gesellschaft, welcher die Kohlengruben von Decazeville gehören, sowie gegen die Regierung und zieht sich dadurch wiederholte Ordnungsrufe zu. Schließlich brachte derselbe eine Tagesordnung ein, welche Reformen und die Freilassung der Verhafteten verlangt. Der Arbeitsminister Baihaut wies in seiner Antwort auf die Ermordung Watrain's, deren Urheber und Theilnehmer bestraft werden müßten, und auf die Schwierigkeiten hin, in denen sich die Gruben-Gesellschaft befinde, deren Lage durch die Eisenbahntarife verschlimmert sei, was zu der Lohnherabsetzung Anlaß gegeben habe. Der Minister betonte die Einigkeit, die zwischen Kapital und Arbeit bestehen müsse, und den Wunsch und Willen der Regierung, allen Bürgern des Staates Schutz angedeihen zu lassen. (W. T.)

Paris, 11. Februar. Léon Say, Edouard Herve und Le Conte Delisle sind zu Mitgliedern der Akademie gewählt worden. (W. T.)

* Die vielbesprochene Angelegenheit des Obersten Herbinger hat gestern vor dem in St. Malo zusammengetretenen Kriegsgericht ein vorläufiges Ende gefunden. Wie Pariser Morgenblätter melden, ist eine dem angeklagten Offizier günstige Entscheidung ergangen. Herbinger wurde freigesprochen.

Italien.

Rom, 11. Febr. Das amtliche Blatt publicirt die Versetzung des Botschaftsraths Baron Galvagna in Wien nach Konstantinopel, um die Leitung der dortigen italienischen Botschaft zu übernehmen. (W. T.)

Serbien.

Belgrad, 11. Febr. Der Bau der serbischen Eisenbahnstrecke von Nisch über Vranja bis zur türkischen Grenze soll bis zum 1. März fahrbar fertiggestellt sein. Der Staat wird deren Betrieb jedoch erst nach Herstellung der türkischen Anschlüsse übernehmen. Bis Leskovac wird der Betrieb in den nächsten Tagen für Rechnung der Eisenbahnbetriebs-Gesellschaft eröffnet werden. (W. T.)

Türkei.

Konstantinopel, 11. Februar. Der italienische Botschafter, Graf Corti, wurde gestern von dem Sultan in Abschiedsaudienz empfangen. Derselbe reist am 17. d. von hier ab. (W. T.)

Rußland.

Petersburg, 11. Febr. Der Kaiser empfing gestern den neuen serbischen Gesandten Gruic, welcher sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

Petersburg, 9. Februar. Heute ist hier das Gerücht verbreitet, Fürst Alexander von Bulgarien werde am 7./19. Februar zum Besuche des kaiserlichen Hofes in Petersburg eintreffen. General Bibikow reise ihm entgegen. Das Gerücht ist wahrscheinlich unbegründet.

Moskau, 11. Febr. Die Wittwe Aksakoff's beabsichtigt die Herausgabe des Journals „Ruß“ fortzusetzen und hat bei dem Ministerium darum nachgesucht, daß Demetrius Samarin als Redacteur des Journals bestätigt werde. (W. T.)

Von der Marine.

Wilhelmshaven, 10. Februar. Heute Vormittag wurde die Kreuzercorvette „Marie“ durch den Chef der Nordseestation, Vice-Admiral Graf Monts, inspicirt. Die Reservisten der „Marie“ werden am Freitag Morgen entlassen werden. Die „Marie“ wird in den nächsten Tagen außer Dienst gestellt und auf der hiesigen kaiserl. Werft einer Grundreparatur unterzogen. (O.-Z.)

Danzig, 12. Februar.

Wetteraussichten für Sonnabend, 13. Februar.
Original-Telegramm der Danziger Zeitung auf Grund der Prognose der Deutschen Seewarte.

Bei schwachem Südostwind und geringer Bewölkung nebliges, kälteres Wetter mit etwas Niederschlägen.

* **[Von der Weichsel.]** Auf der vom Eise freigelegten unteren Weichsel findet auch heute wieder geringes Grundeistreiben statt. Wasserstand bei Plehnendorf 3,54 Meter.

* **[Kaltstellung der Selbstverwaltung im Schulwesen.]** Die Herabdrückung der communalen Selbstverwaltung macht in der politischen Aera, in welcher wir uns befinden, rapide Fortschritte. Besonders die städtischen Gemeinden scheinen dazu ausersehen zu sein, das Aschenbrödel der modernen Entwickelung zu werden. Als Aequivalent für die sich stets mehrenden Lasten, welche ihnen die Staatsraison auferlegt, ernten sie immer weitere Einengung ihrer Befugnisse. Diese Tendenz ist auch dem aus den gestrigen Telegrammen bereits bekannten Gesetzentwurf über die künftigen Schulverhältnisse in Westpreußen, Posen und einem Theil von Schlesien unverkennbar aufgeprägt. Dies neue „Ausnahmegesetz“ ist bestimmt, auch über unsere Stadt, — welche für ihre Volksschulen fast eine halbe Million Mark jährlich aufwendet, — wie über eine Reihe rein deutscher Städte und Bezirke eine Art von „Schul-Belagerungszustand“ auf unbegrenzte Zeitdauer zu verhängen, dessen natürliche Folge sein muß, daß das Interesse der Gemeinden an der Entwickelung und Hebung des Volksschulwesens gewaltig sinkt. Nach dem Inhalt des Gesetzentwurfs übernimmt der Staat im Interesse des Germanisirungs-Feldzuges neue Lasten nur auf dem platten Lande, in den Städten wird die Schullast nicht um ein Jota gemildert, dagegen sollen die wichtigsten Rechte, welche bei uns noch den Gemeinden im Schulwesen zustehen, auch den städtischen Communen mit einem Federstrich genommen werden. Sie werden nur die Schulhäuser zu bauen, Schulen zu unterhalten und auszustatten und die ihnen vom Staat octroyirten Lehrer zu besolden haben. Das Recht der Wahl, der Berufung 2c. soll in Zukunft allein dem Staat zustehen, den Communen nicht einmal ein bescheidenes Vorschlagsrecht eingeräumt werden. Die Vorlage eines solchen Gesetzes in Preußen — das der Gemeinde-Autonomie gerade im Schulwesen Erfolge zu danken hat, die kein anderer Staat aufzuweisen vermag — stellt wirklich alles in dem letzten Jahrzehnt auf diesem Gebiet Erlebte tief in den Schatten. Wenn es möglich wird, kerndeutsche Städte wie Danzig, Elbing und viele andere, deren Schulwesen im Verhältniß zu ihrer allgemeinen Finanzkraft geradezu bewunderungswürdig dasteht, unter ein solches Ausnahmegesetz zu stellen, dann weiß man in der That nicht mehr, ob es in unserer gegenwärtigen politischen Entwickelung noch eine Grenze der Möglichkeiten giebt.

△ **[Gewerbeverein.]** Bei Beginn der gestrigen Sitzung wurden von Hrn. Anger eine Anzahl eingesandter technischer Neuheiten vorgezeigt. Hierauf setzte Herr Director Kunath seinen Vortrag über Verbrennung und Verbrennungs-Anlagen fort. Anknüpfend an den Schluß seines letzten Vortrages, erläuterte der Vortragende zunächst die beiden Stadien der Entwicklung und Wirkung, wie das Wesen der Flamme. Die besten Feuerungen sind diejenigen, in welchen das Brennmaterial überhaupt nur als Heizflamme zur Wirkung kommt und dies sind die Gasfeuerungen. In diesen Feuerungen erfolgt die Erzeugung des Heizgases, d. h. die Umsetzung des Brennmaterials in Gas in einem besonderen Apparat, dem Generator, die Verbrennung des er-

zeugten Gases aber in einem besonderen Ofen. Beide können dicht beisammen oder räumlich weit getrennt sein. Der Vortragende erläuterte dann in eingehender Weise die Vortheile der Gasfeuerung, welche besonders ausgebildet und praktisch angewandt ist für industrielle und Wohnungszwecke mit Regeneration durch Friedr. Siemens in Dresden. Ausführbar für jedes Brennmaterial ist die Generatorfeuerung, sie ist die Zukunftsfeuerung für industrielle und voraussichtlich auch für größere Hausfeuerungen, Centralfeuerungen 2c., wenn ein Uebelstand, welcher bisher bei Anwendung im kleinen Betriebe noch anhaftet, überwunden sein wird. Redner gab hierauf eine Beschreibung der Generatorfeuerung, ihrer Wirkung, der Kosten und der Bedienung derselben, sowie der verschiedenen Feuerungsanlagen. Hr. Kunath beschrieb ferner die verschiedenen, zur Anwendung kommenden Kohle und sprach über richtige Wahl [illegible] der Luftzuführung als Hauptfactor für ein rationelles Verbrennen des Feuerungsmaterials. Wie nothwendig es ist, abgesehen von dem Erfolg rauchlos zu feuern, das Brennmaterial ökonomisch zu verwenden, dürften folgende Zahlen dienen: Erfahrungsgemäß gehen von dem bezahlten Quantum Kohle direct unverbrannt durch Feuchtigkeit, Ruß und Rauch 2c. bei unrationeller Feuerung etwa 25% verloren. Wer also in seiner Haushaltung unter solchen Verhältnissen heizt und 1 Last pro Jahr gebraucht, verliert etwa 12 ℳ, entsprechend einem Anlagekapital für Rauchconsumtion der Feuerungsanlage von 120 ℳ. Ferner werden in Danzig etwa in den 25000 Haushaltungen rund 40000 Last Kohle pro Jahr verbraucht. Der Verlust beträgt also rund 10000 Last oder rund 500000 ℳ. Diese Zahlen dürften durch die Wirklichkeit noch übertroffen werden. Bei der Wahl des Brennmaterials muß möglichst solches genommen werden, welches keinen Rauch entwickelt, und hier ist besonders Coke zu empfehlen, welche mit guter Steinkohle in Preis und Heizkraft gleich steht. Deshalb gewinnen Coke immer mehr Anhänger, so daß bereits jetzt [illegible] der gesammten Production an Gasanstalten [illegible] abgegeben werden. Dr. William Siemens bezeichnete bei Gelegenheit eines Vortrages über die Rauchfrage in London die Cokefeuerung als Zukunftsfeuerung, indem er sagte: „Es wird eine Zeit kommen, in der man sich wundern wird über die Barbarei unserer Zeit, die Steinkohle in rohem Zustande zu verbrennen, anstatt derselben erst die werthvollen Theer- und Ammoniakprodukte zu entziehen und rauchlos brennende Coke für Heizzwecke zu erzeugen." Lebhafter Beifall [illegible] Herrn Kunath den Dank der Versammlung für seinen belehrenden Vortrag aus, während welchem der Saal durch eine, von Herrn Arger gestellte Wandham-Lampe mit vorzüglicher Leuchtkraft erhellt wurde. Herr Kunath bezeichnete diese Lampe als das vollkommenste, was die Beleuchtungstechnik bisher geleistet.

* **[Auswanderung.]** Aus der Provinz Westpreußen sind im Jahre 1885 auf überseeischen Wegen ausgewandert 8961 Personen (4422 männlichen und 4539 weiblichen Geschlechts), davon über Bremen 5638, Hamburg 3007, Stettin 256. Nach den Vereinigten Staaten gingen 8668, nach Canada 206, Mexiko 2, Westindien 1, Brasilien 17, nach den argentinischen Staaten 6, Chile 12, nach Afrika 2, Asien 1 und Australien 42. Aus Ostpreußen wanderten 1660 (1618 nach Nordamerika, 5 Australien, 17 Brasilien, 12 Chile, 4 Afrika), aus Pommern 10546 (40 nach Australien, die übrigen fast sämmtlich nach Nord- und Südamerika), aus Posen 9093 Personen aus.

* **[Stadttheater.]** Die neue Oper „Sakuntala", von dem Kapellmeister des hiesigen Stadttheaters Herrn Felix Weingartner componirt und Franz Liszt gewidmet, wird am nächsten Dienstag, 16. Februar, hier zur ersten Aufführung kommen.

* **[Unglücksfälle.]** Die 69jährige Wittwe Charlotte Mähle glitt gestern Abend an der großen Mühle aus und kam so unglücklich zu Fall, daß sie einen Bruch des rechten Oberschenkels erlitt, weshalb sie per Wagen in das Stadt-Lazareth gebracht werden mußte.

Das Dienstmädchen Pauline Ludowka erlitt dadurch erhebliche Brandwunden an der rechten Hand und dem rechten Fuße, daß ihr beim Abheben eines Gefäßes mit siedendem Wasser ein Theil des Inhalts über den Körper strömte. Auch sie wurde in's Stadt-Lazareth aufgenommen.

* **[Feuer.]** Durch einen Schornsteinbrand in dem Hause Burgstraße 19 wurde heute Morgens 8½ Uhr die Feuerwehr alarmirt. Mit dem Ausbrennen des Schornsteins erlosch das Feuer.

* **[Körperverletzung.]** Gestern Mittag wurde der Arbeiter M. beauftragt, ein Pferd beschlagen zu lassen. Hierbei kam M. in Streit, ergriff ein Hufeisen und schlug damit den Schmiedemeister B. derart an den Kopf, daß er eine erhebliche Wunde davontrug.

* **[Diebstahl.]** Der Arbeiter G. ging gestern Vormittag in den Laden des Kaufmanns R. auf der Langenbrücke, um sich einen Anzug zu kaufen. Als er eine Unterjacke und ein Jaquet angepaßt hatte, fragte er nach dem Preise. Als ihm derselbe gesagt wurde, stürmte er ohne Bezahlung aus dem Laden, wurde aber eingeholt und verhaftet.

* **[Polizeibericht vom 12. Februar.]** Verhaftet: 2 Mädchen, 1 Arbeiter, 1 Junge wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen Körperverletzung, 1 Arbeiter wegen Bedrohung, 1 Arbeiter wegen groben Unfugs, 29 Obdachlose, 7 Bettler. — Gestohlen: 4 leinene blaue Schürzen, 2 Arbeitsblousen, 1 Handschlitten. — Gefunden: 5 Schlüssel.

s. **Von der Kulmer Fähre**, 11. Februar. Wasserstand heute Abend 3,49 Mtr., gestern 3,28 Mtr. Der Fährdamm des rechten Ufers ist heute früh etwa 18 Ctm. unter Wasser, die Posten fahren deshalb nicht mehr durch und der Trajekt muß zu Fuß bewirkt werden. Auf dem linken Arm [illegible] Aufwasser auf der Eisdecke, welche sich theilweise gehoben hat. Es können nur leere leichte Fuhrwerke, wenn zweispännig ein Pferd ausgespannt, passiren. Die Eisdecke auf dem Hauptstrom ist stark und gut und für schwere Lasten passirbar.

Der Stabsarzt a. D., Dr. med. Oskar Siedamgrotzky zu Thorn ist zum Kreisphysikus des Kreises Thorn und der seitherige Kreis-Wundarzt des Kreises Rössel, Dr. med. Julius Schütz zu Rössel, zum Kreisphysikus desselben Kreises ernannt worden.

⊗ Thorn, 11. Februar. Seit langer Zeit wird hier die Anlage einer Wasserleitung geplant. Nach einer Mittheilung, welche unser Herr Oberbürgermeister Wisselink im Handwerkerverein machte, wird von den Stadtverordneten demnächst das Project zur Wasserleitung vorgelegt werden können. — Die Bürger der Stadt und Umgegend haben an den Minister eine Petition gerichtet, in der um Erlaß eines Schuldotationsgesetzes gebeten wird.

Stolp, 11. Februar. Nach der „St. P." ist die Wahl des Herrn v. Puttkamer-Glowitz zum Landrath unseres Kreises vom Kaiser bestätigt worden. Die Einführung des neuen Landraths steht demnach in nächster Zeit bevor.

* Der Provinzial-Landtag der Provinz Pommern ist zum 8. März nach Stettin einberufen worden.

G. **Königsberg**, 11. Februar. Am Montag hat hier unter der Regide des Löwe-Vereins ein Concert zum Besten des Löwe-Denkmals stattgefunden und einen überaus glänzenden Verlauf gehabt. [illegible] Balladen-Sänger Herrn Eugen Gura [illegible] heimischen Sängerin Frl. Katharina Brandstäter [illegible]

Der Pestalozzi-Verein für Ostpreußen feiert am 16. Juni d. J. sein 25jähriges Jubiläum. Der Vorstand des Vereins hat beschlossen, um der Feier im Jubiläumsjahre größere Summen zuzuführen, eine Lotterie zu veranstalten und die Erlaubniß dazu bei dem Oberpräsidenten nachgesucht. (K. H. Z.)

Telegramme der Danziger Zeitung.

Belgrad, 12. Febr. (W. T.) Officiell wird gemeldet: Die Nachrichten von dem bereits erfolgten Erscheinen eines Ukases betreffend die Demobilisirung der Armee sowie die Einberufung der Skupschtina sind unbegründet.

Petersburg, 12. Febr. (W. T.) Das „Journal de St. Pétersbourg" bestätigt, daß Rußland directe Verhandlungen der Mächte über die Lösung der schwebenden Fragen wünscht, so daß die Conferenz nur das erzielte Einvernehmen zu registriren und die Einzelheiten und die Art der Ausführung zu beschließen hätte. Sei erst einmal ein Einvernehmen erzielt, so werde das Zusammentreten der Conferenz zweifelsohne keinerlei Schwierigkeiten bieten.

Vermischte Nachrichten.

* **[Der große Juwelendiebstahl]** bei dem Hofjuwelier Friedländer in Berlin, welcher vor etwa zwei Jahren Aufsehen machte und wegen dessen ein gewisser Mehnert zu 2 Jahren und 10 Monaten Zuchthausstrafe verurtheilt wurde, wird nochmals den Strafrichter beschäftigen. Frau Mehnert zog, wohl in der Ansicht, daß sie dort vor den Augen der Polizei sicherer sei, nach Rixdorf und miethete in der Wanzlickstraße eine Wohnung. Der Gensdarmerie fiel bald die neue Mietherin auf, die mit Goldsachen handelte. Die Gensdarmen nahmen endlich eine Haussuchung vor und fanden für etwa 1000 ℳ Goldwaaren, die aus dem Friedländer'schen Diebstahl herrühren. Die Frau will dieselben lange nach der Verhaftung ihres Mannes in einem Strohsack versteckt vorgefunden haben. Auch eine Anzahl Pfandscheine über versetzte Goldwaaren sind in Beschlag genommen worden.

* **Taganrog.** Ueber eine erschütternde Katastrophe in Taganrog sind, wie die „Od. Ztg." berichtet, im Comptoir der Russischen Dampfschiffahrtgesellschaft folgende Einzelheiten eingetroffen: Am 16. Januar, gegen 8 Uhr Morgens begann plötzlich auf der Taganroger Rhede das Eis sich in Bewegung zu setzen, welches binnen wenigen Minuten mit einer derartigen Kraft auch das den Hafen bedeckende Eis mit sich fortriß, daß Hunderte von Personen, zumeist Fischer, auf den Eisschollen in's offene Meer hinausgetrieben wurden. Vorher stand das Eis die ganze Zeit in einer dichten Masse etwa ½ Arschin dick, einige Saschen vom Ufer entfernt; während des Nebels in den letzten Tagen wurde es jedoch etwas weicher, wodurch der starke Andrang, von einem heftigen Nordwind gegen das Ufer verursacht, erklärt wird. Der Eisgang fand gar kein Hinderniß und drängte mit aller Gewalt nach dem Hafen, dann zur nördlichen Mole, welche ebenfalls stark beschädigt wurde, indem fast sämmtliche Pfähle herausgerissen und die Bretterbekleidung des Ufers weggeschwemmt wurde. Das Schicksal der unglücklichen Fischer, welche auf den Eisschollen sammt Kähnen, Pferden und Fangnetzen vom Ufer ins offene Meer fortgerissen wurden, ist ein bedauernswerthes.

Als sie sich in 40 bis 50 Schlitten partieweise in der Richtung zum Ufer retten wollten, wurden sie fortwährend von neuen Eisschollen zurückgetrieben, welche ihnen alle Möglichkeit benahmen, das Ufer zu erreichen. Die Pferde wurden ausgespannt und man versuchte, auf den bloßen Schlitten sich zu retten, aber auch dieses mißlang, da das Eis unter ihnen zusammenbrach. Gegen Abend war noch am Horizont das herzzerreißende Schauspiel sichtbar, wie Schlitten und Pferde auf Eisschollen isolirt auf dem Meere herumirrten und die Menschen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln kämpften, um an's Ufer zu gelangen, und Niemand war im Stande, denselben Hilfe zu leisten. Erst am anderen Tage gelang es einigen der Weggeschwemmten, sich zu retten. Am 17. Januar, Nachmittags, trat wieder starker Frost ein, welcher am 18. bei heftigem Nordwinde 15 Grad erreichte. Das Eis blieb wieder ruhig stehen und die Rhede überzog sich mit einer neuen Eisdecke.

Halle, 11. Februar. Gestern Abend fand in der Riemann'schen Dampfweberei in Gernrode eine Gasometer-Explosion statt. Drei Arbeiter wurden sofort getödtet, mehrere verwundet.

Zuschriften an die Redaction.

Zur Germanisirung der Polen in Westpreußen.

Unter den Mitteln, welche dazu dienen können, dem weiteren Vordringen des Polonismus Einhalt zu thun, möchte eins der wichtigsten sein, durch obligatorische Fortbildungsschulen die jungen Leute vom 14. bis 18. Lebensjahre für das Deutschthum zu gewinnen, indem man sie zwingt, sich die Bildung anzueignen, welche sie sich in der Volksschule nicht erworben haben. Namentlich werden die Handwerkslehrlinge auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung dazu gezwungen werden können. Die kleineren Städte Westpreußens zeigen in dem mehr polnischen Theile der Provinz einen erheblichen Procentsatz von Handwerkslehrlingen, welche kaum deutsch sprechen, jedenfalls nicht in dieser Sprache sich schriftlich ausdrücken können. Das Fortbildungsschulwesen steht bekanntlich bei uns auch auf sehr niedriger Stufe und während in dem ganzen nichtpreußischen Deutschland obligatorische Fortbildungsschulen bestehen, welche zu besuchen alle jungen Leute im 14.—17. resp. 18. Jahre durch Landesgesetz verpflichtet sind, haben wir diese Einrichtung in Preußen nicht. Die Reichs-Gewerbeordnung giebt den Communen nur die Möglichkeit, durch Ortsstatut für die Handwerkerlehrlinge obligatorische Schulen zu gründen, legt aber keinen Zwang auf. Ja selbst die in früheren Zeiten befolgte Maxime, daß in den Innungen nur solche Lehrlinge zu Gesellen freigesprochen werden sollen, welche fließend lesen, schreiben und rechnen können, wird nicht mehr inne gehalten. Wenn die Innungen ihre Aufgabe in dem Geiste unserer Zeit erfüllen wollten, so müßten sie doch wenigstens aufs strengste darauf halten, daß dieser Bedingung Genüge geschähe. Wenn man jetzt schon mit Verwunderung wahrnimmt, daß Meister, welche ganz tüchtige Arbeit liefern, nicht fähig sind, eine richtig geschriebene Rechnung auszustellen, geschweige denn sich Eingaben an Behörden, Geschäftsbriefe, Annoncen u. dergl. selbst zu schreiben, wie viel mehr wird man nach 20 Jahren, wenn die jetzigen Lehrlinge ältere Meister sind, staunen, wie es möglich gewesen sei, Lehrlinge mit so geringer Bildung, wie wir sie jetzt nicht selten bei ihnen finden, in den Gesellenstand aufzunehmen. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt im Staatsleben. Leider rekrutirt sich der Handwerkerstand der größeren und kleineren Städte immer mehr aus der Landbevölkerung: der Handwerker hat nicht das richtige Selbstvertrauen, welches dazu gehört, seine Söhne wiederum dem Handwerkerstande zuzuführen und daher muß das platte Land zum großen Theil das Material für die Handwerkerlehrlinge hergeben. Wie es mit den Volksschulen auf dem Lande in unserer Provinz zum Theil noch aussieht, ist bekannt; die officielle Ziffer der zum Militär eintretenden Analphabeten giebt darüber traurigen Aufschluß. Namentlich in den polnischen Districten finden sich oft trostlose Zustände und die Nachsichtigkeit der leitenden Behörden bestraft sich dort sehr. Wenn nun jetzt energisch vorgegangen werden und das Erlernen der deutschen Sprache kategorisch verlangt werden soll, so werden doch Jahre vergehen, ehe sich Erfolge zeigen werden. Darum müßte der Hebel angesetzt werden bei den jungen Leuten, welche bereits in die Lehre getreten sind; es müßte dafür gesorgt werden, daß wenigstens der Handwerkerstand für das deutsche Wesen gewonnen würde, und das ist nur durch obligatorische Fortbildungsschulen möglich. Es verlautet in der Tagespresse, daß die Regierung beabsichtige, in der Provinz Posen mit der Gründung solcher Schulen vorzugehen; für Westpreußen wäre dasselbe ebenso nöthig. Der Grund, warum die Communen nicht schon früher in diesem Sinne thätig gewesen sind, liegt einfach darin, daß ihnen die Mittel gefehlt haben. Schulen kosten Geld, und die städtischen Etats werden im Allgemeinen durch Ausgaben für die vom Gesetze verlangten Schulen schon schwer belastet; darum ist der einzige Weg, der zum Guten führen kann, der, daß der Staat die Kosten dieser obligatorischen Fortbildungsschulen in unserer Provinz, namentlich in den vorwiegend polnischen Districten, übernähme. Das ist nicht nur vom Standpunkte der allgemeinen Volksbildung, sondern namentlich vom nationalen Standpunkte aus dringend nothwendig.

Der Herr Verfasser der vorstehenden, uns aus der Provinz zugehenden „Zuschrift" stellt einen bisher ziemlich neuen politischen Glaubenssatz auf. Was hat man nicht schon Alles von der Fortbildungsschule verlangt, und geleistet haben von dem Vielen, was die Schwärmer erwarteten, die „obligatorischen" Fortbildungsschulen wahrlich am wenigsten. Lehrlinge, die in der Volksschule während eines siebenjährigen Unterrichts nicht gelernt haben, „sich in der deutschen Sprache schriftlich auszudrücken", werden es bei den Unterrichtsbrocken, welche ihnen die auf wenige Unterrichtsstunden beschränkte Fortbildungsschule darreicht, gewiß nicht erlernen. Was nun gar eine mit halb polnischen widerwilligen Schülern vollgepfropfte obligatorische Fortbildungsschule für die Hebung des Gewerbes leisten wird, darauf gespannt zu sein, kann man getrost den Zwangsschwärmern überlassen. Möge man nur ausreichende Mittel und überall geeignete Lehrer für Fortbildungsschulen zur Verfügung stellen, möge man nur solchen Innungen „besondere Rechte" einräumen, welche ihre Mitglieder verpflichten, die Lehrlinge zum Besuch von Fortbildungsschulen anzuhalten. Das wird mehr fruchten, als die den freien Selbsttrieb erstickende, intellectuell und gewerblich aufstrebende Lehrlinge zum A-B-C-Schützenthum verurtheilende „Germanisirungs-Zwangs-Fortbildungsschule".

D. Red.

Börsen - Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, den 12. Februar.

		Crs. v. 11.			Crs. v. 11.
Weizen, gelb			4% rus. Anl. 80	86,40	87,00
April-Mai	151,20	151,50	Lombarden	213,00	213,50
Sept.-Okt.	161,70	162,00	Franzosen	425,50	426,50
Roggen			Cred.-Actien	498,00	500,00
April-Mai	135,00	135,00	Disc.-Comm.	201,00	202,00
Sept.-Okt.	138,70	138,70	Deutsche Bk.	154,00	154,90
Petroleum pr.			Laurahütte	85,50	85,80
200 ℔			Oestr. Noten	161,45	161,45
Februar	23,90	23,90	Russ. Noten	200,20	201,15
Rüböl			Warsch. kurz	200,00	200,70
April-Mai	43,70	43,80	London kurz	—	20,42⁵
Sept.-Okt.	45,70	45,70	London lang	—	20,36⁵
Spiritus			Russische 5%		
Februar	37,60	37,70	SW.-B. g. A.	68,50	69,40
April-Mai	38,00	38,30	Danz. Privat-		
4% Consols	105,00	105,00	bank	136,00	135,00
3½% westpr.			Danziger Oel-		
Pfandbr.	98,20	98,20	mühle	101,50	103,00
4% do.	101,40	101,40	Mlawka St-P.	114,20	115,00
5% Rum. G.-R.	95,10	95,20	do. St-A.	57,50	57,70
Ung. 4% Gldr	82,90	83,10	Ostpr. Südb.		
II. Orient-An	62,00	62,90	Stamm-A.	96,50	96,50

Neueste Russen 98,60 Danziger Stadtanleihe —.

Fondsbörse: schwach.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 12. Februar.

Weizen loco inländischer höher, transit unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr.

feinglasig u. weiß 126—133℔ 138—155 ℳ Br.
hochbunt 128—133℔ 138—155 ℳ Br.
hellbunt 120—129℔ 124—148 ℳ Br.
bunt 120—129℔ 120—146 ℳ Br.
roth 120—130℔ 120—146 ℳ Br.
ordinair 105—128℔ 95—130 ℳ Br.
} 60—150 ℳ bez.

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 130 ℳ

Auf Lieferung 126℔ bunt per April-Mai 133½ ℳ bez., per Mai-Juni 135 ℳ Br., 134½ ℳ Gd., per Juni-Juli 136½ ℳ bez., per September-Oktbr. 141½ ℳ bez.

Roggen loco inländischer höher, transit ohne Handel, per Tonne von 1000 Kilogr.

grobkörnig per 120℔ 120—122 ℳ

Regulirungspreis 120℔ lieferbar inländischer 121 ℳ, unterpoln. 95 ℳ, transit 94 ℳ

Auf Lieferung per April-Mai inländischer 123½ ℳ bez., do. unterpoln. 98 ℳ Br., 97½ ℳ Gd., do. trans. 97 ℳ Br., 96½ ℳ Gd., per Mai-Juni unterpoln. 100 ℳ bez., transit 98½ ℳ bez.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. kleine 105/6℔ 106 ℳ

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. Futter- 112—113 ℳ

Kleesaat per 100 Kilogr. weiß 70—88 ℳ, roth 60—86 ℳ

Spiritus per 10 000 % Liter loco 35,25 ℳ bez.

Auf Lieferung per April-Mai 36,50 ℳ Gd., Mai-Juni 37 ℳ Gd.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage — gemacht, Amsterdam 8 Tage — gem., 4% Preußische Consolidirte Staats-Anleihe 104,80 Gd., 3½% Preußische Staatsschuldscheine 99,80 Gd., 3½% Westpreußische Pfandbriefe ritterschaftlich — Gd., 4% Westpreußische Pfandbriefe ritterschaftlich 101,15 Gd., 4% Westpreußische Pfandbriefe Neu-Landschaft 2. Serie 101,15 Gd. 5% Danziger Hypotheken-Pfandbriefe pari rückzahlbar 105,00 gem.

Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 12 Februar.

Getreidebörse. (H. v. Morstein.) Wetter: Nachts starker Frost bis 13 Grad Reaumur, am Tage etwas nachlassend. Wind: SSO.

Weizen verkehrte für Transitwaare in ruhiger Stimmung bei unveränderten Preisen. Inländischer war gefragt und wurde 1 ℳ theurer gehandelt. Bezahlt ist für inländischen bezogen 131/2℔ 146 ℳ, bunt 123/4℔ 145 ℳ, hellbunt 126℔ 148½ ℳ, 127/8℔ und 128℔ 150 ℳ, hochbunt 126℔ 149 ℳ, Sommer- 127/8℔ 149 ℳ per Tonne. Für polnischen zum Transit sehr ausgewachsen 60 ℳ, blauspitzig 122/3℔ 119 ℳ, roth milde besetzt 121/2℔ 124 ℳ, bunt 122℔ 126 ℳ, 123,4℔ 127 ℳ, gut bunt 127℔ 130 ℳ, hellbunt 126℔ 132 ℳ, hellbunt glasig 126/7℔ 137 ℳ, hochbunt glasig 126℔ 137 ℳ, 127℔ 138 ℳ per Tonne. Für russischen zum Transit blauspitzig krank 115℔ 102 ℳ, roth 124℔ 133 ℳ per Tonne Termine April-Mai 133½ ℳ bez, Mai-Juni 135 ℳ Br., 134½ ℳ Gd., Juni-Juli 136½ ℳ bez., September-Oktober 141½ ℳ bez. Regulirungspreis 130 ℳ

Roggen inländischer schwach zugeführt, Transit fehlte. Bezahlt ist inländischer 120℔ 120 ℳ, 122/3℔ 121 ℳ, vom Speicher 122℔ 122 ℳ Alles per 120℔ per Tonne. Transit ohne Handel Termine April-Mai inländisch 123½ ℳ bez, unterpolnisch 98 ℳ Br., 97½ ℳ Gd., Transit 97 ℳ Br., 96½ ℳ Gd., Mai-Juni unterpolnisch 100 ℳ bez., Transit 98½ ℳ bez. Regulirungspreis — ℳ

Gerste nur inländische kleine 105/6℔ 106 ℳ per Tonne gehandelt. — **Erbsen** inländische Futter- 112 ℳ, Mittel- 113 ℳ per Tonne bezahlt. — **Kleesaaten** roth 30, 34 35, 38, 40, 43 ℳ, weiß 35, 41, 42, 44 ℳ per 50 Kilo bez. — **Spiritus** 35,25 ℳ bez., April-Mai 36,50 ℳ, Mai-Juni 37 ℳ Gd.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 11. Februar. Wind: S.

Angekommen: Octa (SD.), Hoyer, Aarhus, leer. Elise Linck, Falcke, Liverpool, Salz. — Ida (SD.), Linse, London, Güter. — Veritia (SD.), Jensen, Flensburg, leer.

Gesegelt: Agnes (SD.), Lithman, Gothenburg, Getreide und Mehl. — Aurora (SD.), Olsson, Moß, Getreide.

12. Februar. Wind: S.
Nichts in Sicht.

Thorn, 11. Februar. Wasserstand: 3,27 Meter. Wind: SSO. Wetter: bedeckt. Nebliges Frostwetter.

Berliner Fondsbörse vom 11. Februar.

Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung; die Course setzten auf speculativem Gebiet ziemlich unverändert ein und konnten sich weiterhin gut behaupten und theilweise noch an Courswerth gewinnen. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenz-Meldungen lauteten gleichfalls günstig und unterstützten die Festigkeit des hiesigen Platzes. Das Geschäft entwickelte sich ziemlich lebhaft mit der Massgabe, dass sich ausser den fremden, festen Zins tragenden Papieren besonders in Dividende tragenden Cassawerthen belangreicherer Verkehr herausbildete. Im weiteren Verlaufe der Börse gestaltete sich die Stimmung recht fest. Der Geldstand bleibt überaus flüssig; der Privat-Discont behält weichende Steigung; die heutige Notiz beträgt 1½ Proc. Auf internationalem Gebiet wurden österreichische Credit-Actien zu etwas anziehenden Coursen mässig lebhaft gehandelt; Franzosen waren nach fester Eröffnung abgeschwächt, andere österreichische Bahnen wenig verändert und ruhig, Gotthardbahn schwächer. Von den fremden Fonds traten Russen zu anziehenden Coursen in regeren Verkehr; auch ungarische Goldrente fester und lebhafter. Deutsche und preussische Staatsfonds hatten in fester Haltung ziemlich gute Umsätze für sich; inländische Eisenbahn-Prioritäten mehr gefragt. Bank-Actien waren recht fest und ziemlich belebt. Industrie-Papiere hatten in recht fester Gesammthaltung theilweise gute Umsätze für sich. Inländische Eisenbahn-Actien wenig verändert und ruhig.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anl.	4	105,10
Konsolidirte Anleihe	4½	—
do. do.	4	105,00
Staats-Schuldscheine	3½	100,00
Ostpreuss. Prov.-Oblig.	4	103,25
Westpreuss. Prov.-Obl.	4	102,75
Landsch. Centr.-Pfdbr.	4	103,70
Ostpreuss. Pfandbriefe	3½	98,30
do. do.	4	101,70
Pommersche Pfandbr.	3½	98,10
do. do.	4	—
do. do.	4	101,60
Posensche neue do	4	102,06
Westpreuss. Pfandbr.	3½	98,20
do. do.	4	—
do. do.	4	101,40
do. II. Ser.	4	101,40
do. do. II. Ser.	4	101,40
Pomm. Rentenbriefe	4	102,80
Posensche do.	4	102,60
Preussische do.	4	102,70

Ausländische Fonds.

Oesterr. Goldrente	4	91,90
Oesterr. Pap.-Rente	5	—
do. Silber-Rente	4½	68,25
Ungar. Eisenbahn-Anl.	5	102,60
do. Papierrente	5	75,90
do. Goldrente	6	—
do. do.	4	83,25
Ung. Ost.-Pr. I. Em.	5	80,60
Russ.-Engl. Anl. 1870	5	100,00
do. do. Anl. 1871	5	99,10
do. do. Anl. 1872	5	99,10
do. do. Anl. 1873	5	99,10
do. do. Anl. 1875	4½	93,40
do. do. Anl. 1877	5	100,60
do. do. Anl. 1880	4	86,95
do. Rente 1883	6	112,30
do. 1884	5	99,10
Russ. II. Orient-Anl.	5	62,90
do. III. Orient-Anl.	5	62,60
do. Stiegl. 5. Anl.	5	63,90
do. do. 6. Anl.	5	95,20
Russ.-Pol. Schatz-Ob.	4	89,90
Poln. Liquidat.-Pfd.	4	56,75
Amerik. Anleihe	4½	—
Newyork. Stadt-Anl.	7	116,00
do. Gold-Anl.	6	133,00
Italienische Rente	5	98,60
Rumänische Anleihe	8	—
do. do.	6	105,10
do. v. 1881	5	101,30
Türk. Anleihe v. 1865	5	14,75

Hypotheken-Pfandbriefe.

Pomm. Hyp.-Pfandbr.	5	113,06
II. u. IV. Em.	5	107,70
II. Em.	4½	104,10
III. Em.	4½	100,10
Pr. Bod.-Cred.-A.-Bk.	4½	113,25
Pr. Central-Bod.-Cred.	5	112,00
do. do. do. do.	4½	111,90
do. do. do. do.	4	102,50
Pr. Hyp.-Actien-Bk.	4½	116,00
do. do.	4½	100,30
do. do.	4	100,50
Stett. Nat.-Hypoth.	5	101,00
do. do.	4½	104,90
do. do.	4	99,90
Poln. landschaftl.	5	62,85
Russ. Bod.-Cred.-Pfd.	5	86,06
Russ. Central- do.	5	90,00

Lotterie-Anleihen.

Bad. Präm.-Anl. 1867	4	135,40
Bayer. Präm.-Anleihe	4	134,60
Braunschw. Pr.-Anl.	—	97,30
Goth. Prämien-Pfdbr.	5	118,00
Hamburg. 50rtl. Loose	3	192,40
Köln-Mind. Pr.-S.	3½	129,90
Lübecker Präm.-Anl.	3½	184,90
Oestr. Loose 1854	4	—
do. Cred.-L. v. 1858	—	301,30
do. Loose v. 1860	5	118,50
do. Loose v. 1864	—	293,50
Oldenburger Loose	3	155,25
Pr. Präm.-Anl. 1855	3½	138,25
Raab Graz. 100T.-Loose	4	96,00
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	143,75
do. do. von 1866	5	188,00
Ungar. Loose	—	219,50

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

		Div. 1884.
Aachen-Mastricht	54,75	2½
Berlin-Dresden	16,50	0
Breslau-Schw.-Fbg.	—	4½
Mainz-Ludwigshafen	101,80	4½
Marienbg-Mlawka St-A	57,75	½
do. do. St.-Pr.	115,00	5
Nordhausen-Erfurt	41,25	0
do. St.-Pr.	114,90	5
Oberschles. A. und C.	—	10½
do. Lit. B.	—	10½
Ostpreuss. Südbahn	96,50	2¾
do. St. Pr.	123,00	5
Saal-Bahn St.-A.	50,90	0
do. St.-P.	101,40	3½
Stargard-Posen	103,90	10½
Weimar-Gera gar.	31,90	4½
do. St.-Pr.	89,25	2½

(†Zinsen v. Staate gar.)		Div. 1884
Galizier	87,90	6,47
Gotthardbahn	—	2½
†Kronpr.-Rud. Bahn	76,60	4½
Lüttich-Limburg	10,40	0
Oesterr.-Franz. St.	—	6
† do. Nordwestbahn	—	4⁴⁄₂₅
do. Lit B.	273,00	3½
†Reichenb.-Pardub.	65,40	—
†Russ. Staatsbahnen	124,20	7½
Schweiz. Unionb.	—	—
do. Westb	28,10	—
Südösterr. Lombard	214,00	—
Warschau-Wien	237,40	—

Ausländische Prioritäts-Obligationen.

Gotthard-Bahn	5	—
†Kasch.-Oderb. gar. s.	5	81,80
do. do. Gold-Pr.	5	104,20
†Kronpr. Rud.-Bahn	4	73,00
†Oesterr.-Fr.-Staatsb.	3	405,50
†Oesterr. Nordwestb.	5	84,00
do. do. Elbthal.	5	85,10
†Südösterr. B. Lomb.	3	321,75
†Südösterr. 5% Obl.	5	106,25
†Ungar. Nordostbahn	5	80,50
†Ungar. do. Gold-Pr.	5	103,75
Brest-Grajewo	5	96,40
†Charkow-Azow rtl.	5	102,00
†Kursk-Charkow	5	101,10
†Kursk-Kiew	5	103,60
†Mosko-Rjäsan	5	100,20
†Mosko-Smolensk	5	101,80
Rybinsk-Bologoye	5	91,75
†Rjäsan-Kozlow	5	103,60
†Warschau-Teres.	5	102,20

Bank- u. Industrie-Actien.

		Div. 1884
Berliner Cassen-Ver.	123,50	5½
Berliner Handelsges.	144,40	9
Berl. Prod.- u. Hand.-B	88,20	4
Bremer Bank.	—	4,23
Bresl. Discontobank	84,90	5
Danziger Privatbank	135,00	8
Darmst. Bank	135,30	7
Deutsche Genoss.-B	130,00	8½
Deutsche Bank	154,90	9
Deutsche Eff. u. W.	121,50	9
Deutsche Reichsbank	129,00	6
Deutsche Hypoth.-B.	97,50	5
Disconto-Command.	202,00	11
Gothaer Grundcr.-Bk.	60,50	0
Hamb. Commerz.-Bk.	124,30	6½
Hannöversche Bank	116,70	5½
Königsb. Ver.- Bank	—	5½
Lübecker Comm.-Bk.	—	5½
Magdeb. Priv.-Bk.	113,90	6½
Meininger Hypoth. Bk.	92,25	5½
Norddeutsche Bank	140,25	8
Oesterr. Credit-Anst.	—	9½
Pomm. Hyp.-Act.-Bk	48,90	0
Posener Prov.-Bk.	117,75	6½
Preuss. Boden-Credit.	106,30	6
Pr. Centr.-Bod.-Cred.	131,50	8½
Schaffhaus. Bankver.	89,25	4
Schles. Bankverein	103,00	6½
Süd. Bod.-Credit.-Bk.	139,30	8½
Actien der Colonia	6810	60
Leipz. Feuer-Vers.	12200	—
Bauverein Passage	68,75	2½
Deutsche Bauges.	87,00	0
A. B. Omnibusges.	190,25	16
Gr. Berl. Pferdebahn	241,50	16½
Berl. Pappen-Fabrik	77,00	—
Wilhelmshütte	54,00	—
Oberschl. Eisenb.-B.	31,90	1
Danziger Oelmühle	103,00	

Berg- u. Hüttengesellsch.

		Div. 1883
Dortm. Union Bgb.	10,90	—
Königs- u. Laurahütte	85,80	—
Stolberg, Zink	27,90	½
do. St.-Pr.	95,00	5½
Victoria-Hütte	9,06	0

Wechsel-Cours v. 11. Febr.

Amsterdam	8 Tg.	2½	169,35
do.	2 Mon.	2½	168,80
London	8 Tg.	3	20,425
do.	2 Mon.	3	20,365
Paris	8 Tg.	3	81,15
Brüssel	8 Tg.	3	81,10
do.	2 Mon.	3	80,80
Wien	8 Tg.	4	161,50
do.	2 Mon.	4	160,75
Petersburg	3 Woch.	6	200,45
do.	3 Mon.	6	199,20
Warschau	8 Tg.	6	200,70

Sorten.

Dukaten	9,60
Sovereigns	20,34
20-Francs-St	16,20
Imperials per 500 Gr	4,17
Dollar	—
Fremde Banknoten	—
Franz. Banknoten	81,20
Oesterreichische Bankn.	161,45
do. Silbergulden	
Russische Banknoten	201,15

Meteorologische Depesche vom 12. Februar.

8 Uhr Morgens.

Original-Telegramm der Danziger Zeitung

Stationen	Barometer auf 0 Gr. u. Meeresspieg. red. in Millim.	Wind		Wetter.	Temperatur in Celsius-Graden.	Bemerkung.
Mullaghmore	754	S	6	wolkig	7	
Aberdeen	757	SSW	3	wolkig	3	
Christiansund	754	SW	3	wolkig	5	
Kopenhagen	764	OSO	2	bedeckt	—1	
Stockholm	766	S	2	bedeckt	—2	
Haparanda	758	S	4	bedeckt	—1	
Petersburg	—	—	—	—	—	
Moskau	774	still	—	bedeckt	—3	
Cork, Queenstown	759	SW	3	bedeckt	8	
Brest	764	S	5	Regen	8	1)
Helder	764	SSO	1	Nebel	—2	
Sylt	764	SW	1	Nebel	—2	
Hamburg	765	SO	1	Nebel	—4	
Swinemünde	766	SSO	3	Dunst	—10	2)
Neufahrwasser	768	S	1	halb bed.	—13	3)
Memel	770	OSO	3	heiter	—8	4)
Paris	—	—	—	—	—	
Münster	764	SO	1	Nebel	—4	
Karlsruhe	764	SW	3	bedeckt	—1	
Wiesbaden	764	still	—	bedeckt	0	
München	763	SW	3	Dunst	—5	
Chemnitz	765	NO	1	wolkig	—3	5)
Berlin	765	still	—	wolkig	—6	
Wien	768	still	—	wolkenlos	—8	
Breslau	766	OSO	3	heiter	—10	

1) See stark bewegt. 2) Nachts Reif. 3) Starker Rauhfrost, dunstiger Horizont. 4) See ruhig. 5) Nebel.

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Die Luftdruckvertheilung hat sich im Allgemeinen wenig verändert, indessen ist auf dem ganzen Gebiete das Barometer gefallen, insbesondere über den britischen Inseln. Ueber Centraleuropa ist das Wetter ruhig, theils heiter, theils neblig, an der Küste kälter, im Binnenlande meist wärmer ohne meßbare Niederschläge. Für das nordwestliche Deutschland dürfte demnächst Thauwetter zu erwarten sein.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen.

Februar	Stunde	Barometer-Stand in Millimetern.	Thermometer Celsius.	Wind und Wetter.
11	4	768,9	—5,2	S., flau, starker Nebel.
12	8	766,5	—12,1	S., flau, hell u. neblig.
	12	767,1	—5,9	SSO., flau, hell u. neblig.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Die Geburt eines kräftigen Mädchens beehren sich ergebenst anzuzeigen (7626

Berlin, am 10. Februar 1886.

Brandmeister Bruhns und Frau Hedwig, geb. Schramm.

Die Verlobung ihrer ältesten Tochter Olga mit dem Lieutenant der Landwehr-Kavallerie und Rentier Herrn Leopold Witt in Graudenz beehren sich hiermit anzuzeigen

Ludwigsdorf, im Februar 1886.

Oscar Berent,
Administrator der gräfl. Ludwigsdorfer Güter,
Lucie Berent, geb. Schilka.

Meine Verlobung mit Fräulein Olga Berent, ältesten Tochter des Administrators der gräflich Ludwigsdorfer Güter, Herrn Oscar Berent und Frau Lucie Berent, geb. Schilka, beehre mich hiermit anzuzeigen.

Leopold Witt, (7630
Königl. Lieutenant der Landwehr-Kavallerie.

Gestern Abend 5¾ Uhr entschlief sanft in Folge Schlagfluß mein geliebter Mann, unser guter Vater der Königl. Büchsenmacher a. D. und Waffenfabrikant **A. W. v. Glowacki** in seinem noch nicht vollendeten 50. Lebensjahre. Um stille Theilnahme bitten (7618

Die Hinterbliebenen.

Danzig, den 12. Februar 1886.

Die Herren Empfänger per D „A. R. Hansen", heute Abend fällig, werden ersucht ihre Güter auf Grund der Connossementsklausel eiseshalber in Neufahrwasser abzunehmen. (7640

F. G. Reinhold.

Liverpool-Danzig.

Dpfr. **Thomas Wilson,** Exped. Ende Februar,
Dpfr. **Quito,** Exped. Mitte März.
Güter-Anmeldungen erbitten

Richd. Sanderson & Co.
25 Castle Str. Liverpool.

F. G. Reinhold,
Danzig. (7235

Nach Lübeck

ladet SS. **„Lotte"**, Capt. Oesterreich, Expedition am

Montag, 15. Februar

Güter-Anmeldungen erbittet (7556

F. G. Reinhold.

Kölner Dombau-Loose 3,50 M,
Marienburger Geld-Lotterie 3,00 M,
Kinderheilstätte Zoppot 1,00 M,
Ulmer Münsterbauloose 3,50 M
Zu haben in der
Expedition der Danziger Zeitung.

Loose der **Zoppoter Kinder-Heilstätten-Lotterie** à 1 M.
Loose d. **Marienburger Pferde-Lotterie** à M 3.
Loose d. **Königsberger Pferde-Lotterie** à M 3.
Loose der **Kölner Dombau-Lotterie** (bei der General-Agentur in Köln bereits vergriffen) à M 3,50.
Loose der **Marienburger Geld-Lotterie** à M 3.
Loose der **Ulmer Münsterbau-Lotterie** à M 3,50 bei (7651

Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Frische

Kieler Sprotten,

frische Kieler

Fettbücklinge

empfing

F. E. Gossing,
Jopen- und Portechaisengassen-Ecke Nr. 14.

Rheinisches Kraut

empfiehlt (7644

F. E. Gossing,
Jopen- und Portechaisengassen-Ecke Nr. 14.

Hochfeine Tafel- und Kochbutter

täglich frisch, empfiehlt (7648

E. F. Sontowski,
Hausthor 5.

Frisch geräucherte

Bücklinge u. Sprotten

in vorzüglicher Qualität empfiehlt

E. F. Sontowski,
Hausthor 5. (7648

Täglich fr. hochf. Tafelbutter, à Pfd. 1,20 M, Kochbutter à Pfd. 90—95 ₰, Kaffee-Sahne, vorzügliche Schlag-Sahne, auf Wunsch geschlagen, empfiehlt die Bankauer Meierei, Holzmarkt 24, Eingang Breitgasse.

7616) **Schönsee.**

Letzte Woche!

Gespickte oder nur gehäutete Hasen, Frische Hasen zum Aufbewahren geeignet. (7535

Wildhandlung Röpergasse 13.

Ostsee-Sprotten

täglich frisch, versendet in Kisten zu billigsten Tagespreisen gegen Post-Nachnahme (7650

M. Jungermann,
Ziegengasse 6.

Kaiser-Bräu,

der Danziger Actien-Brauerei sehr schönes dunkles volles Bier

20 Flaschen 3 Mark

empfiehlt **Rud. Barendt,** Langenmarkt 21. (7656

---

100 fette Ochsen

stehen Dominium Froegenau, Kreis Osterode, zum Verkauf. (7606

Wilhelm-Theater

Sonnabend, den 13. Februar 1886:
Vor Abzug nach Berlin

Letzter großer Maskenball,

Anfang 8 Uhr,
verbunden mit einem

Italienischen Volksfest.

Ballet, Aufzüge und Ueberraschungen aller Art werden geboten.

11 Uhr: **Großer Trubel und Jubel ohne Ende. Italienischer Fruchtregen, Preisgreifen und Feuerwerk.** Die Concert- und Ballmusik wird von der Regiments-Kapelle des 128. Infanterie-Regiments ausgeführt.

Vorbestellungen für Logen und feste Plätze werden Abends an der Theaterkasse entgegen genommen. Sämmtliche ausstehende Billets von den drei letzten Bällen haben zu diesem Maskenball Giltigkeit.

H. Meyer.

Sonnabend, den 13. Februar 1886:

Eröffnung der Bierhalle „Artushof",

Hundegasse No. 89, parterre.

Auswärtiges Bier **„Kronenbräu"** aus der Societäts-Brauerei „Zum Waldschlösschen" in Dresden.

Die Oekonomie der vorstehenden Bierhalle ist mir übertragen worden und werde ich bemüht sein, für reelle und prompte Bedienung nach jeder Richtung Sorge zu tragen.

Hochachtungsvoll

7550) **O. Schade.**

Restaurant Hotel Englisches Haus.
Münchner Pschorrbräu. (7643

Maurer-, Zimmer-Arbeiten und Baumaterialien,

Bauzeichnungen, Kostenanschläge, Taxen, Gutachten ꝛc. übernimmt **R. Kappis,** Architect und vereid. Baufachverständiger, **Danzig, Langgasse 72,** 2. Etage. (7074

Montag, d. 15. d. Mts. beginnt der

Ausverkauf zurückgesetzter Gardinen.

Ernst Crohn,
Langgasse 32. (597

Ballschuhe

in vorzüglichen neuen billigen Mustern.

Winterschuhwaaren in sehr großer Auswahl. Zu ermäßigten Preisen verkaufen wir jetzt alle vorjährigen Filzschuhwaaren für Damen, Herren und Kinder.

Gummi-Boots, Halbboots u. Gummischuhe, vorzügliche Fabrikate, zu neuen, sehr billigen Preisen. Zurückgesetzte Damen- und Herren-Gummischuhe von 60 ₰ ab. Aeltere Boots für Damen, Herren und Kinder unter der Hälfte des bisherigen Preises.

Holzsohlenschuhe mit und ohne Wollfutter, neue Facons, von M 1,25—2,50. **Pantoffeln mit Holzsohlen** mit und ohne Futter zu sehr billigen neuen Preisen, nur en gros, empfehlen Wiederverkäufern (7663

Oertell & Hundius, Langgasse 72.

Nürnberger Exportbier

aus der Brauerei vorm. **Heinrich Henninger** empfiehlt in Gebinden und Flaschen die alleinige Niederlage von (1129

Robert Krüger, Hundegasse 34.

Grosses Lager versilberter kunstgewerblicher Neuheiten.

Alfenidewaaren.

Luxus- und Haushaltungs-Geräthe empfiehlt zu Fabrikpreisen

O. Kasemann Nachfolger,
Goldwaaren-Engros, Langgasse 66 I.

Zu Taxpreisen Ausverkauf des Concurswaarenlagers des **Hopf**'schen Gummi-Spezial-Geschäfts, Breitgasse Nr. 17. Wasserdichte Bett-Unterlagestoffe, Kinderschürzen, Wäsche-Wringmaschinen (Schnelltrockner), Gummiwäsche, Gummi-Tischdecken, Wandschoner, Tischläufer, Spindborden, Gummisohlen, Schutz gegen Nässe, sehr haltbar u. billig, Fensterschwämme u. Leder, Gummischuhe u. Boots f. Mädch.

Gummi-Luftkissen,	Stahldrahtkopf- u.	Irrigateurs,	Milchzieher,
„ -Wärmflaschen,	Taschenbürsten,	Birnspritzen,	Brustschützer,
„ -Kopfkissen,	Gummi-Puppen,	Mutterspritzen,	Respiratoren,
Urinale,	Thiere, -Bälle.	Subcutanspritzen	Catheter.

Gummischläuche jeder Art, Hanfschläuche, roh u. gummirt, Ledertreibriemen, Kordel, Jalousieriemen, Gummiplatten, -Schnüre u. Manlochringe, Asbest-, Talkum- und Hanfpackungen, Korkmaschinen, Holzhähne. (7652

Auktion auf dem Heumarkt,

vor dem Gasthause „zum Stern".

Sonnabend, den 13. Februar cr., Vormittags 11 Uhr, werde ich im Auftrage **3 elegante Spazier-Schlitten** gegen baare Zahlung versteigern; Zustellungen werden angenommen. (7591

H. Zenke,
Gerichts-Taxator u. Auctionator.

Täglich frische

Ostsee-Sprotten

à Pfund nur 20 und 30 ₰,

den Kieler an Geschmack und Fettgehalt gleich. Nur allein gut zu haben in der Seefischräucherei von (7660

A. Eichler,
Danzig, Spendhaus-Neugasse 6.

Fette Puten und Kapaunen, große Hasen per Stück 3 Mk. empfiehlt (7504

Magnus Bradtke.

Wildhandlung: Roth-, Damm-, Schwarz-, Rehwild, Fasanen, Auer-, Hasel-, Birk-, Schneehühner, Puten, Poularden, Capaunen, Küken in prima Qualität Röpergasse 13.

Otto Rochel, Langgasse 13

Special-Geschäft
für Damen-Mäntel und Kinder-Garderobe.

Am **Montag, den 15. Februar cr.** beginnt bei mir der

Ausverkauf

von

zurückgesetzten Winter-Mänteln, vorjährigen Regenmänteln, Jacken, Paletots,

kurze und lange Facons, schwarz und farbig, in allen nur möglichen Stoffen.

Die Preise sind einestheils der vorgerückten Jahreszeit wegen, anderntheils, weil die Frühjahrs-Saison noch nicht begonnen,

ganz bedeutend herabgesetzt. (7667

Großer reeller Ausverkauf

des

Schuhwaaren-Lagers

von

Max Landsberg,

77, Langgasse 77.

Meinen geehrten **hiesigen** und **auswärtigen Kunden** zur gefälligen Nachricht, daß mein **Ausverkauf** nur noch bis zu der **zweiten Hälfte des Monats März** d. J. dauert, da ich alsdann mit der Auflösung des Geschäfts zu thun haben werde.

Das Lager bietet noch in allen Artikeln die allergrößte Auswahl und können alle Wünsche vollständig befriedigt werden. Die Preise sind wiederum **bedeutend ermäßigt** und bitte ich diese Gelegenheit zu besonders billigen und praktischen

Gelegenheits-Einkäufen

vielseitig zu benutzen. (7211

Ganz ergebenst

Max Landsberg.

Fette Enten!!
Wildhandlung Röpergasse 13.



Elegante

Masken-Costüme

zu ganz billigen Leihpreisen Breitgasse 62, 1 Tr., vis-a-vis d. Dreherg.

Gelesene Journale, Gartenlaube, Buch für Alle ꝛc. zu billigen Preisen zu verkaufen bei

A. Trosien,
Petersiliengasse 6.

Suche für **wöchentlich 60 Pfd.** feine **Tischbutter** einen Abnehmer.
Adressen unter 7661 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Thierfeld's Hôtel
in Oliva.

Vorgerückten Alters halber bin ich Willens, mein seit über 50 Jahren im schönsten Theile der Umgebung Danzigs bestehendes Hotel zu verkaufen od. zu verpachten. Dasselbe enthält 2 Wohn- u. die nöthigen Wirthschaftsgebäude, Park, Gemüse- und Obstgarten, liegt ¼ Meile von der See u. dem Badeorte Zoppot, u. wird zu allen Jahreszeiten frequentirt. Die näheren Bedingungen ertheile ich auf gefl. Anfr. Agenten werden verbeten. (7659

F. Thierfeld in Oliva.

¼ Lotterie-Loos hiesige Collecte ist für 50 M zu verkaufen.
Adressen unter 7636 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Ein elegantes polisander Pianino, kreuzsaitig, und in vollständigem Eisenrahmen, soll äußerst preiswerth verkauft werden **Vorst. Graben 52,** parterre. (7620

Ein gut erhaltener polis. Flügel ist zu verkaufen.
Heiligegeistgasse 43, 2 Treppen.

Bodenrummel

und alte **Möbel** werden stets gekauft
Altst. Graben 54.

Käufer für ländliche und städtische Besitzungen weist nach (7653

Mekelburger,
An der großen Mühle Nr. 1.

Ein tüchtiger Verkäufer

Manufacturist, findet zum 1. April cr. Stellung. Meldungen mit Abschr. d. Zeugn. **Cohn & Co.,** Neuteich Wpr.

Eine anständige häusliche arbeitsame j. Dame wird für d. Büffet e. feinen Caffees in der Nähe der Stadt gelegen p. 1. März resp. 1. Ap. cr. zu engag. ges. Adressen mit Angabe der bisherigen Beschäftigung unter Nr. 7619 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Eine perfecte

Wäsche-Directrice,

die allen Anforderungen der Neuzeit gewachsen ist, sucht pr. 1. April oder 1. Juli Engagement. Gef. Adress. u. 7604 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

Ein Heizer,

der 2 Jahre in einer Zuckerfabrik als Vorheizer gewesen ist und gute Zeugnisse besitzt, sucht eine ähnliche Stelle, entweder in einer Fabrik oder in einer Holzschneidemühle. Gefl. Adr. u. 7658 in der Exped. d. Zeitung erbeten.

Ein feines Wurst- und Fleisch-Geschäft in vollem Betriebe ist nebst completter Einrichtung zum 1. April oder später **zu verpachten.**
Adressen unter 7646 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Wohlhabende kinderlose Herrschaften, welche gesonnen sind, einen gesunden, kräftigen Knaben von 3½ J. als eigen anzunehmen, werden ersucht, ihre Adressen unter **H. A. 25** poste restante Marienwerder einzureichen.

Breitgasse 17, parterre, nahe am Holzmarkt, in der frequentesten Stadtgegend, ist der **Laden,** worin e. **Gummiwaaren-Geschäft betrieben wird,** nebst großer Hinterstube zum ersten April cr. zu vermiethen.
Näheres Heil. Geistgasse 14 im Laden. (7647

Der geräumige Laden

mit auch ohne Wohnung ist zu vermiethen Hundegasse 108. (7617

---

1 neu dec. herrschaftl. Wohnung

ist Langgasse 71 II sof. od. 1. April zu vermiethen. Näh. das. im Laden.

Vorst. Graben 52 ist die 1. Etage, besteh. aus 4 Z., Küche, Entree, Keller, Boden, Eintr. in d. Garten z. 1. April zu verm. Näh. Gerberg. 7 I.

Altstäd. Graben 93 am Dominikanerplatz ist eine in d. erst. Etage beleg. herrsch. Wohnung aus 5 aneinanderhängend. Zimm., und allem Zubehör best., mit auch ohne Wohnung u. Wagenremise, zum 1. April zu vermiethen, und täglich zwischen 11—1 Uhr zu besehen. Näh. daselbst 2 Treppen links.

Eine

herrsch. Wohnung

Heumarkt, Bel-Etage gelegen, ist zu vermiethen u. sofort zu beziehen.
Näheres Vorstädt.-Graben 47, I.

Brodbänkengasse 28

ist die zweite Etage, bestehend aus 6 Zimmern, 2 Kabinets und reichlichen Nebenräumen für 1500 M pro Jahr zum 1. April cr. zu vermiethen.
Näheres im Comtoir daselbst.

Turn- u. Fecht-Verein.

Montag, 15. hj., Abends 9¼ Uhr,
in der städtischen Turnhalle
(Gertrudengasse).

Ordentliche Hauptversammlung.

Tages-Ordnung.
Kosten der Weihnachtsfeier.
Verschiedene Mittheilungen.

Der Vorstand. (7656

Allgemeiner Bildungsverein.

Montag, den 15. Februar,
Abends 8 Uhr,
Vortrag des Herrn Rector **Boese:**

„Familienformen der Urzeit".

Damen haben Zutritt. (7621

Sonntag, den 21. Februar,
von 7 Uhr ab,

Gesellschafts-Abend.

Entree 20 ₰. Zum Schluß Tanz.

Der Vorstand.

Fleischergasse 78

2 Treppen ist ein möblirtes, geräumiges 3 fenstr. Vorderzimmer mit Pianiforte zu vermiethen. Zu besehen von Vormittags 9—2 Uhr.

Ein Schüler der hiesigen höheren Lehranstalten findet eine liebevolle und gewissenhafte Pension bei den Geschwistern **Carnuth,** Brandgasse 12.

Weinstube

von

C. H. Leutholtz.

Holländische Austern,
vorzüglicher Qualität, das Dutzend M 1,50, außer dem Hause M 2.

Königsberger

Rinderfleck.

Heute Abend Hundegasse 7.
7622) **C. Stachowski.**

Restaurant zum Hochmeister

Frauengasse 10,
Neu eröffnet,
empfiehlt gute Biere, Weine und kalte Küche und bittet um geneigten Besuch.

7513) **E. Candiet.**

Brösen.

Sonntag, den 14. Februar,

CONCERT

von der Kapelle des 128. Regiments, wozu ergebenst einladen (7654

W. Pistorius Erben.

Apollo-Saal.

Sonntag, den 14. Februar cr.,
Abends 7 Uhr,

CONCERT.

Eugen d'Albert.

Concertflügel von **C. Bechstein-Berlin.**

Billets: Numerirt à 3.—, Stehplätze à 2.—, Schülerbillets à 1,50 bei **Constantin Ziemssen,** Musikalien- u. Pianoforte-Handlung. (7155

Danziger Stadttheater.

Sonnabend, d. 13. Februar. Ab. susp. P.-P. A. **Bei halben Opernpreisen.** Auftreten v. Lina Bendel. **Nanon.** Operette in 3 Acten von Fr. Zell und R. Genée. Musik v. R. Genée.

Sonntag, den 14. Februar. 2 Vorst. Nachm. 4 Uhr. Volksthüml. Opernvorst. bei halben Opernpr. **Hans Heiling.** Rom. Oper in 3 Acten und 1 Vorspiel von E. Devrient. Musik von Marschner.

Abends 7½ Uhr. **Pechschulze.** Posse mit Gesang und Tanz in 3 Acten von Salingré.

Allen, die unserm Sohn und Bruder, dem Lehrer **Saufel in Gr. Zünder,** in seinen letzten Lebenstagen und bei seinem Begräbniß so große Liebe und uns durch Trostworte und Gesang die innigste Theilnahme bewiesen haben, sprechen wir hiermit den herzlichsten Dank aus (7665

Die trauernden Eltern und Geschwister.

Druck u. Verlag v. A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 15693 der Danziger Zeitung.

Freitag, 12. Februar 1886.

Reichstag.

44. Sitzung vom 11. Februar.

Fortsetzung der Verhandlung über den Antrag v. Huene, betr. die Währungsfrage.

Minister v. Scholz: Meine Herren! Ich habe kürzlich Gelegenheit gehabt, an einem anderen Orte öffentlich auszusprechen, daß und warum ich so sehr ungern in die Debatten über die Währungsfrage eintrete. Wenn ich heute hier schwiege, würde es mit Jubel ins Land hinaus verkündigt werden, daß meine Auffassung hier völlig vernichtet sei. Herr v. Kardorff hat gestern am Schluß seiner Rede gesagt, es ist ihm selbst ganz egal, ob die Resolution angenommen wird oder nicht. In dieser Beziehung bin ich mit ihm vollständig einverstanden; eine nichtssagendere, überflüssigere Resolution hat das Haus hier wohl noch nicht beschäftigt. (Heiterkeit.) Der Hauptvorwurf des Herrn v. Kardorff ist der gewesen: ein großer Theil der Rede des Finanzministers war nichts weiter, wie eine Blumenlese aus früheren Reden des Abg. Bamberger. Diese Kampfesweise hat mich an sich nicht überrascht. (Hört! hört! links.) Als ich noch die Ehre hatte, dem Reichsschatzamt vorzustehen, da hat Hr. v. Kardorff bereits dem Reichskanzler einmal brieflich vorgetragen, daß, obwohl die Camphausen und Delbrück abgegangen, in den Räumen des Reichsschatzamts noch der Geist Bambergers wehe, und darauf aufmerksam gemacht, daß eine Purification in dieser Beziehung seiner Meinung nach nothwendig sei. (Hört! hört! links.) Es entspricht, nachdem dieses Privatissimum keinen Erfolg gehabt, durchaus der Tendenz, jetzt das Publicum hier zu lesen in derselben Richtung, und ich fürchte nur, daß es mit demselben Erfolg geschieht; denn das ist doch zweifellos, daß die Person des Herrn Reichskanzlers thurmhoch über solcher Zumuthung steht. Ich wünschte wohl, es gelänge dem Herrn Abgeordneten, seinen Zweck zu erreichen. Die Freuden, die der preußische Finanzminister im Ganzen einzuernten hat, sind spärlich (Hört, hört! links). Nun, wie ist es denn mit dem Vorwurf bestellt, daß ein Theil meiner Ausführungen eine Copie von Hrn. Bamberger sei. Seit 8 Jahren habe ich neben meinen eigentlichen Amtsgeschäften lesen müssen, was an Brochüren, an Zeitungsartikeln, an Reden zur Währungsfrage herbeigeschafft worden ist. Da wäre es doch merkwürdig, wenn ich nicht alle Argumente für und gegen selbst zur Verfügung hätte. Ich habe nie den Ehrgeiz gehabt, zu behaupten, daß auf Seite der Regierung lediglich Originalgedanken von Scholz etwa existirten. (Heiterkeit.) Die ganze Reihe der Bimetallisten, auf welches kleine Häuflein würde die zusammenschrumpfen, wenn man den Anspruch auf Originalgedanken erheben wollte. (Heiterkeit.) Bei dem großen Material, was ich nothwendig in dieser Frage immer zu studiren gehabt habe, ist es mir gewiß zu verzeihen, wenn ich die Ausführungen Derjenigen, die in der Sache auf ein ähnliches oder dasselbe Resultat wie ich hinauskommen, mit weniger Aufmerksamkeit gelesen, als die Ausführungen der Gegner. Ich habe nicht die Erinnerung, daß ein Theil von dem, was ich im Abgeordnetenhause gesprochen habe, von Hrn. Bamberger genau so oder ähnlich früher schon gesprochen ist. Es mag aber sein. Ich kann nur behaupten, ich bin auch auf ganz selbstständigem Wege zu diesen meinen Anschauungen gekommen, in Bezug auf einen Punkt ist es mir sogar zweifellos, und der ist der wichtigste in meinen Ausführungen, er betrifft die Beurtheilung der Möglichkeit des Abschlusses eines internationalen bimetalistischen Vertrags. Wäre Hrn. v. Kardorff in der Hitze des Kampfes für die verzweifelte Aufgabe, die er sich gestellt hat (Heiterkeit links), nicht jedes Maß von Gerechtigkeit und Wohlwollen verloren gegangen, dann hätte er sich einer Unterredung erinnern müssen, die er mit mir gewünscht hat. Es wird dies wahrscheinlich im Frühjahre 1883 oder 84 gewesen sein. Da haben wir hier im Ministerzimmer zunächst privatim über die ganze Frage uns unterhalten, und wenn Hr. v. Kardorff die Spur von Gedächtniß hat, so wird er mir bestätigen müssen, daß ich ihm damals meine Bedenken genau mit denselben Ausführungen vorgetragen habe, die ich jetzt im Abgeordnetenhause erwähnt habe. (Hört, hört! links.) Meiner Person, das glaube ich dem Hrn. v. Kardorff versichern zu können, schaden Sie durch diese Kampfesweise nicht, die gelingt es Ihnen nicht zu discreditiren, aber die Sache, der Sie dienen, discreditiren Sie am allerwirksamsten durch eine derartige Kampfesweise. (Bravo! links.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Ich habe den Reichskanzler einmal schriftlich um eine Unterredung über die Währungsfrage gebeten; er hat sie mir abgeschlagen und mich an Hrn. v. Scholz gewiesen; und darauf habe ich mündlich in der Umgebung des Reichskanzlers gesagt, ich könne mit Scholz über die Sache nicht sprechen, da ich ihn als festen Anhänger der Goldwährung kenne. Darauf reducirt sich das, was Hr. v. Scholz hier heute vorgebracht hat. (Minister v. Scholz: Nein! Ganz anders!) Es sei möglich, daß er gestern in der Hitze des Kampfes den Finanzminister in zu scharfer Weise angegriffen habe, aber der Angriff des Ministers im Abgeordnetenhause gegen die Bimetallisten sei auch sehr scharf gewesen. — Hr. Bamberger hat gestern gesagt, wir erschütterten mit der bimetallistischen Agitation den Credit des Reiches. Ich meine, dieser Credit leidet gerade umgekehrt durch das Festhalten an der Goldwährung. Gerade Frankreich mir seiner Doppelwährung hatte stets den besten Credit. Wie schnell konnte es nicht seine Kriegskosten bezahlen. Vorläufig ist Alles eingetroffen, was seit 1875 die Bimetallisten prophezeit haben: das Daniederliegen der Industrie, das Zugrundegehen der Landwirthschaft. An Ihnen (links) liegt jetzt die Beweislast, daß diese Dinge mit der Währungsfrage nichts zu thun haben. Das Proletariat ist um 13 pCt. gestiegen; die Millionäre haben sich um 54 pCt. vermehrt. Ich gebe meinerseits die Hoffnung nicht auf, daß das Vaterland von der Goldwährung noch loskommen wird, denn sie führt zu seinem Ruin. (Beifall rechts und im Centrum)

Minister v. Scholz: Herr v. Kardorff täuscht sich in seinem Gedächtniß, es handelt sich nicht um einen Brief, den er geschrieben haben mag, seitdem ich Finanzminister bin und auf den der Herr Reichskanzler diese Erwiderung ihm vielleicht gegeben hat, sondern um eine Zeit, wo ich noch Reichsschatzsecretär war, und um einen Brief, der zur geschäftlichen Behandlung damals mir zuging und das enthielt, was ich erwähnt habe. Ich muß dann bestreiten, daß ich im preußischen Abgeordnetenhause mit Waffen gekämpft hätte, welche die Bimetallisten hätten verletzen müssen. Ich habe die Petitionen der ländlichen Bevölkerung nicht lächerlich gemacht. Was der stenographische Bericht darüber sagt, ist, daß ich mit Wehmuth — ist das lächerlich machen? — gesehen habe, daß die ländlichen Kreise in diese Agitation hineingezogen sind. Redner wiederholt nun die Erörterung der Unmöglichkeit eines internationalen Vertrages über die Doppelwährung und der Freigebung der Silberprägung, welche Erörterung im Abgeordnetenhause nicht verstanden sei, und schließt: Ich nehme gern Akt von der Erkärung des Hrn. v. Kardorff, daß ein Theil seiner gestrigen Ausführungen in ihrer Form mir gegenüber ihm selber nachher nicht gerade Freude gemacht habe; ich bin auch keineswegs unversöhnlich und werde mich sehr freuen, Hrn. v. Kardorff künftig nicht mehr auf diesen Indianerpfad sich begeben zu sehen. (Große Heiterkeit. Sehr gut! links.)

Abg. Bamberger (freis.): Hr. v. Kardorff fragt, wie man behaupten könne, Deutschland gefährde seinen Credit, wenn es die freie Silberprägung wieder einführt? Ja, das behauptet die ganze Welt: von dem Augenblick an, wo das Ausland auch nur den Schatten eines Zweifels hegt, daß wir in Gold zahlen, wie es der Verkehr der ganzen civilisirten Welt thut, die, wie der Finanzminister mit Recht sagt, nur noch die Goldwährung kennt; von dem Augenblick an, wo Jemand sich erdreistet, auch nur davon zu sprechen, daß er in die Lage kommen könne, seine auswärtigen Schulden mit Silber zu bezahlen, von da an beginnt die Drohung mit dem Bankerott. Frankreich, sagt Hr. v. Kardorff, hat den besten Credit; es hat ihn, weil es thut, was wir thun, und nicht daran denkt, seine auswärtigen Forderungen anders als mit Gold zu bezahlen. Und was den internationalen Vertrag betrifft, hat denn Hr. v. Kardorff gar keine Erinnerung an die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen des lateinischen Münzbundes von Juni bis Dezember v. J., wo fünf ganz eng verwandte, durch alle Bande der Interessen aneinander gefesselte und vom besten Willen erfüllte Staaten sich sechs Monate lang in den Haaren lagen bloß wegen der Interpretation eines seit 20 Jahren bestehenden Vertrags? Selbst Frankreich hat erklärt, daß es sich nicht durch einen solchen Vertrag für die Zukunft binden lasse, daß sein Uebergang zu der einen oder anderen Währung von seinem freien Willen abhängig sei. Wie im vorigen Jahre durch gleichzeitige Anträge bei uns und in Washington das Silber discreditirt werden sollte, um aus der allgemeinen Krisis den Triumph des Bimetallismus hervorgehen zu lassen, so möge der Antrag Soubeyran, dessen Discussion in der französischen Kammer mit der unserigen zusammentrifft, wohl nicht ohne Einverständniß mit den deutschen Bimetallisten eingebracht worden sein. Beiläufig, wer hat ein so großes Interesse an der Einführung des Bimetallismus, die Agrarier oder vielleicht die Agioteure? Hr. v. Soubeyran, der seinen Antrag alljährlich in der Pariser Kammer stellt, ist einer der größten Börsenspeculanten der Welt. Nach dem stenographischen Bericht sagte er am 8. dieses Monats: „Vor 48 Stunden habe ich die Interpellation wegen der Münzfrage eingebracht und aus der Fremde (das kann nur Berlin sein) schickte man mir folgende Depesche: Ich schicke Ihnen ein Journal, welches die Rede des ehrenwerthen Hrn. v. Scholz wiederbringt. Die Rede enthält sehr viele Irrthümer, und ich habe seitdem diese Zeilen erhalten, welche die in der Rede des Finanzministers enthaltenen Irrthümer des Näheren widerlegen." Und nun kommt Punkt für Punkt die Widerlegung des Hrn. v. Scholz, wie wir sie gestern hier gehört haben. (Hört! hört! links.) Herr Soubeyran fährt fort: „Die Verlängerung der Situation ist nämlich in Deutschland unerträglich. Bereits kündigt sich eine große Krisis an, jeden Tag werden neue Fabriken geschlossen (das telegraphirt man ihm von hier aus), zahllose Fallimente, ein Handelsgeschäftspapier ist sehr selten und discontirt sich nur noch zu 1½ pCt." Und nun steht in der Zeitung, die man Hrn. Soubeyran von hier aus schickt, folgende Stelle: „Indem ich die Rede des Herrn Finanzministers Scholz über die Münzfrage lese, sind wir sehr erstaunt gewesen, daß er sie so wenig zu kennen scheint." (Hört, hört! links.) Der Redner setzt hinzu: „Es ist zwar ein Zeitungsschreiber, der sich so ausdrückt, aber es ist zugleich ein eminenter Nationalökonom." Wer mag der eminente Nationalökonom sein? (Heiterkeit.) Ich glaube, ich könnte ihn herausbuchstabiren, ohne weit ins Alphabet hineinzugehen. (Zuruf rechts: Nennen Sie ihn doch!) Am Schluß sagt Herr Soubeyran: „Ich habe Ihnen soeben geschildert, wie man in Deutschland die Sache ansieht, und Ihnen angezeigt, daß trotz der Erklärungen des Finanzministers die 350 Bauernvereine darin fest bestehen, ihre Schritte fortzusetzen, daß sie ihre Anstrengungen verdoppeln werden und daß ein Antrag eingebracht werden wird bei dem deutschen Reichstage." Was ich gestern über den Zusammenhang dieser bimetallistischen Verabredung — ich will mich vorsichtig ausdrücken gegen unsere Münzverfassung mittheilte, war also nicht übertrieben. Ich bin auch fest überzeugt, daß die Herren, die diese Verbindungen führen, durchaus keine landesverrätherische Absicht haben, aber glaube mit dem Finanzminister, daß die Wirkung solcher Verträge, wie sie hier befürwortet werden, falls sie beschlossen würden, allerdings eine landesverrätherische sein könnte. (Beifall links)

Abg. Windthorst: Unser Antrag ist keineswegs inhaltslos: wir wünschen von der Regierung das Material zu erhalten, um die Währungsfrage entscheiden zu können. Bis nach dem Eingang dieses Materials behalten wir uns das Urtheil über pro und contra vor. Wer heute unserem Antrage zustimmt, engagirt sich dadurch nach keiner Richtung.

Abg. Fürst v. Hatzfeldt (Reichsp.): In meinem und eines kleinen Theiles meiner Freunde Namen erkläre ich, daß wir heute zwar für den Antrag Huene stimmen; wir wünschen aber, daß aus dieser unserer Abstimmung nicht etwa unsere prinzipielle Gegnerschaft gegen das herrschende Währungssystem hergeleitet werde.

Abg. v. Hammerstein (cons.) bedauert, durch den Schluß der Debatte an der Entgegnung verhindert worden zu sein, zu der die Rede des Finanzministers ihm Anlaß gebe, und behält sich dieselbe für das preußische Abgeordnetenhaus vor.

Abg. Rickert: Dieser Bemerkung gegenüber constatire ich, daß wir gegen den Schluß gestimmt haben, und nur das Centrum und die Rechte dafür. (Sehr richtig! links.)

Die Resolution v. Huene wird darauf mit 145 gegen 119 Stimmen angenommen. Dafür das Centrum und die große Mehrzahl der Conservativen.

Beim Etat des Allgemeinen Pensionsfonds regt Abg. Struckmann (nat.-lib.) an, den Offizieren, welche in den Communaldienst eintreten, einen Theil ihrer Pension auch dann zu belassen, wenn ihr Gehalt das frühere Einkommen übersteigt. Es wird dadurch für pensionirte Offiziere ein Anreiz geschaffen, sich in ihren Verhältnissen entsprechende Stellungen zu begeben. Sodann wäre es wünschenswerth, wenn auf dem Wege der Reichsgesetzgebung festgesetzt würde, daß bei der Pensionirung der Communalbeamten die Jahre, welche

dieselben im Militärdienst zugebracht, in Anrechnung gebracht werden müssen, vielleicht in der Weise, daß das Reich pro rata der Jahre, welche die betreffenden Beamten im Heer gedient haben, die Pension übernimmt und die Commune für die übrigen Jahre.

Abg. Ulrich (nat.-lib.) trägt die gleichen Wünsche mit Bezug auf die aus dem Unteroffizierstande hervorgegangenen Communalbeamten vor.

Kriegsminister v. Schellendorff dankt für das Wohlwollen den Vorrednern; indessen die Frage ist eine sehr schwierige. Die Härten, welche die gegenwärtige Gesetzgebung ergiebt, sind den verbündeten Regierungen nicht unbekannt. Es haben auch bereits Erörterungen stattgefunden, wie dieselben abzustellen seien; dieselben sind aber noch nicht zum Abschluß gelangt.

Im Etat des Auswärtigen Amts werden 146 000 M. zur Herstellung von Dienstgebäuden in den Schutzgebieten von Kamerun, Togo und Angra Pequena gefordert.

Abg. Windthorst beantragt, die Forderung um 52 000 M. (den auf das Dienstgebäude für Angra Pequena entfallenden Betrag) zu kürzen, also statt 146 000 M. nur 94 000 M. zu bewilligen.

Geheimrath Krauel: Ein derartiger Antrag ist bereits zweimal gestellt und zweimal abgelehnt worden. Damals wurde als Motiv angegeben, daß man noch garnicht wisse, wo das Haus gebaut und ob dasselbe noch in diesem Jahre gebaut werden solle. Seitdem ist die Baustelle angegeben worden; daß der Bau nicht eilig sei, kann nicht zugegeben werden. Man kann doch nicht verlangen, daß die Herren ein nomadisirendes Leben führen.

Abg. Kalle (nat.-lib.): Haben wir einmal den Commissar für Angra Pequena bewilligt, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß er dort eine angemessene Wohnung hat. Es soll ihm ja kein Palast gebaut werden.

Abg. Richter: Man muß unterscheiden zwischen solchen Schutzgebieten, die, wie Kamerun und Togo, unter der unmittelbaren Verwaltung des deutschen Reiches sich befinden, und solchen, wo eine kaufmännische Gesellschaft die Regierung führt. Zu diesen gehört Angra Pequena. Die hier vorhandene Gesellschaft ist auch verpflichtet, nach englischem Vorgange dem kaiserlichen Beamten eine Wohnung zu verschaffen.

Abg. v. Köller (cons.): Die Verhältnisse liegen in Angra Pequena genau ebenso, wie in Kamerun und Togo, wir müssen sie also in Bezug auf den Bau der Dienstgebäude gleichartig behandeln.

Geh. Rath Krauel: Die Gesellschaft in Angra Pequena hat keinerlei Verpflichtungen übernommen.

Abg. Bamberger: Ich habe mich bereits in der zweiten Lesung für diese Forderung erklärt, obgleich ich vielleicht der entschiedenste Gegner der Colonialpolitik bin. Ich glaube sogar, daß meine Ansicht seit dem vorigen Jahre sowohl hier im Hause, als draußen im Reich an Boden gewonnen hat, und ich möchte mich beinahe zu der kühnen Behauptung versteigen, daß, wenn man hineinsehen könnte in das innerste Herz des Reichskanzlers, man finden möchte, daß über unsere Colonialpolitik zwischen ihm und mir kein großer Unterschied in der Ansicht vorhanden ist. Trotzdem werde ich für die Position stimmen in Consequenz der nun einmal auch von meinen Fractionsgenossen erfolgten allgemeinen Bewilligung des Gouverneurpostens.

Abg. Hammacher (nat.-lib.) bittet, die Summe zu bewilligen. Es handle sich in Angra Pequena durchaus nicht um so ganz kleine Interessen; es befinden sich dort wesentliche Missionsniederlassungen; es bestehe seit Jahren eine Handelsgesellschaft; und neuerdings sind von mehreren deutschen Interessenten Techniker zur geologischen Erforschung des Landes hingeschickt worden.

Abg. Richter: In Bezug auf die Hoheitsverhältnisse scheint es hier ebenso zu sein, wie in Neu-Guinea; daß nämlich die Ausübung derselben der betreffenden Handelsgesellschaft zusteht.

Abg. Woermann (nat.-lib.) erwidert dem Abg. Bamberger, der Handel in Westafrika nehme einen erheblichen Aufschwung. Wenn man jetzt nicht diese Colonialpolitik hätte und die geringen Summen für die paar Beamten bewilligte, dann würde man wahrscheinlich ein Kriegsschiff zum Schutz des Handels in Westafrika haben stationiren müssen, was vielleicht erheblich kostspieliger geworden wäre.

Abg. Bamberger: Ich werde diese Kleinigkeit bewilligen, damit man uns nicht später sagen kann, wir hätten durch Verweigerung derselben verhindert, daß genügende Erfahrungen auf dem Gebiet der Colonialpolitik gemacht würden. Die Begeisterung für diese Colonien hat schon erheblich nachgelassen. Viel hat das schöne Geschlecht zu dieser Begeisterung beigetragen; ich bin oft Müttern begegnet, welche deshalb für die Colonien schwärmten, weil sie dort für ihre außer Rand und Band gerathenen Söhne und Schwiegersöhne ein Unterkommen erhofften. Wenn immer von der Congopolitik gesprochen wird, wer hat diese denn zuerst gemacht? Der König von Belgien. Er hat 15 Millionen dazu gezahlt, und zwar aus eigener Tasche. So machen es die wirklich großen Herren. Wenn unsere großen Herren es auch so machen wollten, dann würde ich allerdings Respect vor ihnen bekommen. (Beifall links.)

Geh. Rath Krauel weist aus den Ausführungen des Reichkanzlers nach, daß er stets nüchtern und rein sachlich über die Bedeutung von Angra Pequena gedacht habe.

Der Antrag Windthorst, 52 000 M. abzusetzen, wird gegen die Stimmen des Centrums, der Polen, Socialdemokraten und eines Theils der Freisinnigen abgelehnt, die Position also in der beantragten Höhe bewilligt.

Im Extraordinarium der Postverwaltung beantragen die Abgg. Borowski und Spahn (Centr.), die in zweiter Lesung gestrichenen 70 000 M. als erste Rate für ein Postgebäude in Allenstein wieder einzusetzen. Nachdem sowohl die Antragsteller als Staatssecretär v. Stephan für die Bewilligung gesprochen, wird dieselbe mit knapper Mehrheit beschlossen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 11. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco 150,00—156,00. Roggen loco fest, mecklenburgischer loco 135—142, russischer loco fest, 103—106. — Hafer und Gerste ruhig. — Rüböl matt, loco 42½. — Spiritus geschäftslos, pr. Febr. 27 Br., pr. April-Mai 27 Br., pr. Juli-August 28¼ Br. pr. August-September 29¼ Br. — Kaffee fest, Umsatz 4500 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 7,25 Br., 7,20 Gd., pr. Februar 7,10 Gd, pr. August-Dezember 7,25 Gd — Wetter: Bedeckt

Bremen, 11. Februar. (Schlußbericht.) Petroleum niedriger. Standard white loco 6,90 bez.

Wien, 11. Febr. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 84,45, 5% österr. Papierrente 101,95, österr. Silberrente 84,80, österr. Goldrente 113,25, 4% ungar. Goldrente 102,77½, 5% Papierrente 94,22½, 1854er Loose 128,25, 1860er Loose 140,25, 1864er Loose 171,75, Creditloose 177,75, ungar. Prämienloose 118,50, Creditactien 299,80, Franzosen 264,50, Lomb. 131,00, Galizier 217,75, Pardubitzer 162,00, Nordwestbahn 169,50, Elbthalbahn 159,00, Elisabethbahn 245,00, Kronprinz-Rudolfbahn 189,50, Nordbahn 2305,00, Unionbank 75,80, Anglo-Austr. 114,00, Wiener Bankverein 110,60, ungar. Creditactien 307,00, Deutsche Plätze 61,85, Londoner Wechsel 126,30, Pariser Wechsel 50,15, Amsterdamer Wechsel 104,80, Napoleons 10,02, Dukaten 5,92, Marknoten 61,85, Russische Banknoten 1,24½, Silbercoupons 100, Tramwayactien 206,10, Tabaksactien 81,00, Länderbank 114,70, Lemberg-Czernowitz-Jassy-Eisenbahn 233,50.

Amsterdam, 11. Februar. Getreidemarkt. Weizen pr. März 203. Roggen pr. März 131, pr. Mai 133.

Antwerpen, 11. Februar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18¾ bez. und Br., pr. März 17¼ Br., pr. April 17⅛ bez., 17¼ Br., pr. Sept.-Dezember 18⅛ bez. und Br. Weichend.

Paris, 11. Februar. Producenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, pr. Februar 21,80, pr. März 21,90, pr. März-Juni 22,25, pr. Mai-August 22,80. — Roggen ruhig, pr. Febr. 13,75, pr. Mai-August 14,60. — Mehl 12 Marques ruhig, pr. Februar 47,90, pr. März 48,10, pr. März-Juni 48,40, pr. Mai-August 49,25. — Rüböl ruhig, pr. Februar 55,50, pr. März 56,00, pr. März-Juni 56,75, pr. Mai-August 58,00. — Spiritus ruhig pr. Februar 48,50, pr. März 48,50, pr. März-April 49,00, pr. Mai-August 49,50. — Wetter: Nebel.

Paris, 11. Februar. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 83,85, 3% Rente 81,45, 4½% Anleihe 109,25, italienische 5% Rente 97,45, Oesterr. Goldrente 91⅝ ungar. 4% Goldrente 82 1/16 5% Russen de 1877 100,50, Franzosen 525, Lombardische Eisenbahn-Actien 276,25, Lombardische Prioritäten 317, Neue Türken 14,67½, Türkenloose 35,25, Crédit mobilier —, Spanier neue 56,15, Banque ottomane 490,00, Credit foncier 1335, Aegypter 326,00, Suez-Actien 2158, Banque de Paris 607, neue Banque d'escompte 443, Wechsel auf London 25,16½, 5% privileg. türk. Obligationen 358,75, Tabaksactien —.

Paris, 11. Februar. Bankausweis. Baarvorrath in Gold 1 161 500 000, Baarvorrath in Silber 1 085 300 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen 712 700 000, Notenumlauf 2 852 900 000, Laufende Rechnungen der Privaten 306 100 000, Guthaben des Staatsschatzes 136 100 000, Gesammt-Vorschüsse 290 600 000, Zins- und Discont-Erträgnisse 3 900 000. Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 78,75.

London, 11. Februar. Bankausweis. Totalreserve 14 271 000, Notenumlauf 23 878 000, Baarvorrath 22 398 000, Portefeuille 20 199 000, Guthaben der Privaten 25 407 000, Guthaben des Staats 4 664 000, Notenreserve 13 107 000, Regierungssicherheit 13 745 000.

London, 11. Februar. Consols 100 9/16, 4% preußische Consols 103, 5% italienische Rente 96⅞, Lombarden 11, 5% Russen de 1871 98⅝, 5% Russen de 1872 98, 5% Russen de 1873 97⅝, Convert Türken 14⅝, 4% fund. Amerikaner 127, Oesterr. Silberrente 67, Oesterr. Goldrente 90, 4% ungar. Goldrente 81½, Neue Spanier 56¼, Unif. Aegypter 64½, Neue Aegypter 98⅜, Ottomanbank 9½, Suezactien 85¾, Canada Pacific 66¼. Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,56, Wien 12,78¾, Paris 25,38¾, Petersburg 23¼. Platzdiscont 1½ %.

London, 11. Februar. An der Küste angeboten 3 Weizenladungen — Wetter: Nebel.

London, 11. Februar. Weitere Meldung. Rüben-Rohzucker 13¾.

Newyork, 10. Februar. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95½, Wechsel auf London 4,87, Cable Transfers 4,89¼, Wechsel auf Paris 5,17½, 4% fundirte Anleihe von 1877 124¾, Erie-Bahn-Actien 27¼, Newyorker Centralb.-Actien 106⅜, Chicago-North-Western-Actien 109¾, Lake-Shore-Actien 88¾, Central-Pacific-actien 42¾, Northern Pacific-Preferred-Actien 59⅜, Louisville und Nashville-Actien 40⅝, Union Pacific-Actien 52, Chicago Milw. u. St. Paul-Actien 93⅝, Reading u. Philadelphia-Actien 21¼, Wabash-Preferred-Actien 18½, Illinois Centralb.-Actien 139½ excl. Erie-Second-Bonds 82⅛, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 65½. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 9 1/16, do. in New-Orleans 8 3/16. raff. Petroleum 70 % Abel Test in Newyork 7⅜ Gd., do. do. in Philadelphia 7⅛ Gd., rohes Petroleum in Newyork 6⅜, do. Pipe line Certificates — D. 75½ C. — Mais (New) 50¾. — Zucker (Fair refining Muscovades) 5,27½. — Kaffee (fair Rio-) 8,10, — Schmalz (Wilcox) 6,75, do. Fairbanks 6,60, do. Rohe und Brothers 6,70. Speck 5⅞. Getreidefracht 2¼.

Newyork, 11. Februar. Wechsel auf London 4,87. Rother Weizen loco 0,91⅞, pr. Februar 0,91, pr. März 0,91½, pr. April 0,92¾. Mehl loco 3,25 Mais 0,51¾. Fracht 2½ d. Zucker (Fair refining Muscovades) 5,27½

Produktenmärkte.

Königsberg, 11. Februar. (v. Portatius u. Grothe.) Weizen pr. 1000 Kilo hochbunter 120/1℔ 140, 122/3℔ 142,25, 123℔ 143,50, 128℔ 147 M. bez., bunter 117℔ 134, 124℔ 143,50 M. bez., rother 122℔ 145,75 128℔ 155,25 M. bez. — Roggen pr. 1000 Kilo inländ. 109℔ 102,50, 118℔ 117,50, 119℔ 117,50, 120℔ 120, 122℔ 122,50 M. bez., russ. ab Bahn 112℔ 85 M. bez. — Gerste pr. 1000 Kilo große 117, 128,50 M. bez. — Hafer pr. 1000 Kilo loco 104, 106, 112 M. bez. — Erbsen pr. 1000 Kilo weiße 104,50 M. bez. — Bohnen pr. 1000 Kilo 115,50 M. bez. — Wicken pr. 1000 Kilo 120, 124,50 M. bez. — Buchweizen pr. 1000 Kilo russ. 102,75 M. bez. — Kleesaat pr. 50 Kilo weiße 27, 36, 42, 48 M. bez. — Thymotheum pr. 50 Kilo 16, 19 M. bez. — Spiritus pr. 10 000 Liter % ohne Faß loco 36½ M. bez., pr. Februar 36½ M. Gd., pr. März 38 M. Br., pr. Frühjahr 37¾ M. Gd., pr. Mai-Juni 39 M. Br., pr. Juni 39½ M. Gd., pr. Juli 40 M. Gd., pr. August 40½ M. Gd., pr. Sept. 41 M. Gd., Lieferung pr. morgen 36½ M. bez. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 11. Februar. Getreidemarkt. Weizen fest, loco 138,00—153,00 M., pr. April-Mai 155,00, pr. Mai-Juni 157,00. — Roggen fest, loco 122—131, pr. April-Mai 134,00, pr. Mai-Juni 134,50. — Rüböl geschäftslos, pr. April-Mai 43,50, pr. Septbr.-Oktbr. 45,50 — Spiritus behpt., loco 36,20, pr. April-Mai 37,30, pr. Juni-Juli 38,70, pr. Juli-August 39,40. — Petroleum loco versteuert, Usance 1⅛ % Tara 12,00.

Berlin, 11. Februar. Weizen loco 140—162 M., pr. April-Mai 152—151½ M., pr. Mai-Juni 154¼—154 M., pr. Juni-Juli 156½ M., pr. Juli-August 158½ M., pr. September-Oktober 162½—152 M. — Roggen loco 127—135 M., guter inländ. 133 M., feiner inländischer 134 M., hochfeiner 134½ M. ab Bahn, pr. April-Mai 136—135 M., pr. Mai-Juni 136¾—135¾ M., pr. Juni-Juli 137½—136½ M., pr. Juli-Aug. — M., pr. Sept.-Oktober 139¾—138¾ M. — Hafer loco 123—160 M., ost- und westpreuß. 125—135 M., pommerscher und uckermärkischer 132—139 M., schlesischer und böhmischer 133—143 M., feiner schlesischer, mährischer und böhmischer 144 bis 156 M., russischer 125—127 M. ab Bahn, pr. April-Mai 126½ M., pr. Mai-Juni 128¼ M., pr. Juni-Juli 130 M. — Gerste loco 108 bis 175 M. — Mais loco 116—124 M., pr. Febr. — M., pr. April-Mai 108 M., pr. Mai-Juni 107¾ M., pr. Sept.-Okt. 110 M. — Kartoffelmehl loco 15,50 M., pr. Februar 15,50 M., pr. Februar-März 15,50 M., pr. April-Mai 15,80 M., pr. Juli-August — M. — Trockene Kartoffelstärke loco 15,50 M., pr. Febr. 15,50 M., pr. Febr.-März 15,50 M., pr. April-Mai 15,80 M. — Feuchte Kartoffelstärke loco 8,00 M. — Erbsen loco pr. 1000 Kilogramm Futterwaare 130—140 M. Kochwaare 150—200 M. — Weizenmehl Nr. 00 21,75 bis 20,00 M., Nr. 0 20,00 bis 19,00 M. — Roggenmehl Nr. 0 19,75 bis 18,75 M., Nr. 0 u. 1 18,25 bis 17,00 M., ff. Marken 19,80 M., pr. Februar 18,20 M., pr. Februar-März 18,20 M., pr. März-April — M., pr. April-Mai 18,35—18,30 M., pr. Mai-Juni 18,45—18,40 M., pr. Juni-Juli 18,55—18,50 M. — Rüböl loco ohne Faß 43,5 M., pr. April-Mai 43,8 M., pr. Mai-Juni 44,1 M., pr. Sept.-Oktbr. 45,8 M. — Petroleum loco — M., pr. Februar 23,9 M., pr. April-Mai 22,6 M. — Spiritus loco ohne Faß 37,2 M., pr. Februar 37,8—37,7 M., pr. Februar-März 37,8—37,7 M., pr. April-Mai 38,5—38,3 M., pr. Mai-Juni 38,8—38,5—38,6 M., pr. Juni-Juli 39,7—39,5 M., pr. Juli-August 40,6—40,4 M., pr. August-Septbr. 41,2—41 M.

Magdeburg, 11. Februar. Zuckerbericht. Kornzucker, excl. von 96 % 24,00 M., Kornzucker, excl., 88° Rendem. 22,60 M., Nachproducte, excl., 75° Rendem. 20,20 M. Ruhig. — Gem. Raffinade mit Faß, 28,00 M., gem. Melis I., mit Faß 26,75 M. Fest.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.